

G e s e t z

vom . . . **11. Juni 1963**, mit dem Ausführungsbestimmungen zu dem Bundesgesetz über natürliche Heilvorkommen und Kurorte, BGBl.Nr. 272/1958, erlassen werden (Burgenländisches Heilvorkommen- und Kurortegesetz 1963).

Der Landtag hat in Ausführung des I. und III. Teiles des Bundesgesetzes über natürliche Heilvorkommen und Kurorte, BGBl.Nr. 272/1958, und auf Grund der Vorschriften des § 8 des Finanzverfassungsgesetzes 1948 beschlossen:

I. Begriffsbestimmungen.

§ 1.

(1) Unter natürlichen Heilvorkommen im Sinne dieses Gesetzes - im folgenden kurz Heilvorkommen genannt - sind ortsgebundene, natürliche Vorkommen, die auf Grund besonderer Eigenschaften und ohne jede Veränderung ihrer natürlichen Zusammensetzung eine wissenschaftlich anerkannte Heilwirkung ausüben oder erwarten lassen, ferner natürliche Faktoren ortsbedingter Art, die gleichfalls eine wissenschaftlich anerkannte Heilwirkung ausüben oder erwarten lassen, zu verstehen.

(2) Als Heilvorkommen gelten insbesondere:

- a) Heilquellen,
- b) Heilpeloide,
- c) Heilfaktoren.

(3) Unter Heilquellen im Sinne dieses Gesetzes sind Quellen zu verstehen, deren Wasser auf Grund besonderer Eigenschaften und ohne jede Veränderung ihrer natürlichen Zusammensetzung eine wissenschaftlich anerkannte Heilwirkung ausüben oder erwarten lassen.

(4) Unter Heilpeloiden (Heilmoorschlamm oder -schlick) im Sinne dieses Gesetzes sind durch geologische oder geologisch-biologische Vorgänge entstandene Peloide zu verstehen,

die in feinkörnigem Zustand mit Wasser vermischt und erwärmt, bei Bädern, Packungen oder sonstiger Anwendung auf Grund besonderer Eigenchaften ohne weiteren Zusatz eine wissenschaftlich anerkannte Heilwirkung ausüben oder erwarten lassen.

(5) Unter Heilfaktoren im Sinne dieses Gesetzes sind natürliche Faktoren ortsbedingter Art, wie Klima, Lage, Höhe und dergleichen zu verstehen, die eine wissenschaftlich anerkannte Heilwirkung ausüben oder erwarten lassen.

(6) Unter Kurorten im Sinne dieses Gesetzes sind Gebiete zu verstehen, in denen behördlich anerkannte Heilvorkommen ortsgebunden genützt werden und in denen die hierfür erforderlichen Kureinrichtungen vorhanden sind.

(7) Unter Kuranstalten und Kureinrichtungen im Sinne dieses Gesetzes sind Einrichtungen zu verstehen, die der stationären oder ambulanten Anwendung jener medizinischen Behandlungsarten dienen, die sich aus dem ortsgebundenen Heilvorkommen oder dessen Produkten ergeben. Eine Kuranstalt in diesem Sinne liegt vor, wenn eine solche Einrichtung nach Art und Umfang im Interesse der Kurgäste die Regelung des inneren Betriebes durch eine Anstaltsordnung (§33) erfordert.

II. Heilvorkommen.

§ 2.

Anerkennung, Allgemeines

(1) Heilvorkommen, ausgenommen Heilfaktoren (§ 1 Abs. 2 lit. c), bedürfen einer Anerkennung durch die Landesregierung. Die Anerkennung ist im Landesgesetzblatt für das Burgenland kundzumachen.

(2) Die Landesregierung hat die Anerkennung eines Heilvorkommens (Abs. 1) mit Bescheid auszusprechen, wenn hierfür

die nach diesem Gesetz geforderten Voraussetzungen gegeben sind. Im Anerkennungsbescheid sind die zur Sicherstellung der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen nach den Erkenntnissen der balneologischen Wissenschaft erforderlichen Bedingungen und Auflagen vorzuschreiben.

(3) Die Anerkennung erfolgt auf Antrag, den nur der Eigentümer des Vorkommens zu stellen berechtigt ist. Der Antragsteller hat die in den §§ 3, 4 und 5 geforderten Voraussetzungen durch eine Vollanalyse (im Sinne des Anhangs III, IV oder VI) und ein schriftliches Gutachten eines Sachverständigen nachzuweisen. Die Nachweise dürfen nicht älter als ein Jahr sein. Im Anerkennungsverfahren ist ein Gutachten des Landeshauptmannes einzuholen, das zu dem Antrag vom Standpunkte der sanitären Aufsicht Stellung nimmt.

(4) Die Landesregierung kann jedoch bei Zutreffen der Voraussetzungen dieses Gesetzes und, sofern der Landeshauptmann aus dem Titel der sanitären Aufsicht keine Einwendungen erhebt (II. Teil des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 272/1958), bestimmte natürliche Vorkommen in Ermangelung entsprechender Anträge auch von Amts wegen als Heilvorkommen erklären.

§ 3.

Anerkennung als Heilquelle.

Eine Quelle darf nur dann als Heilquelle anerkannt werden, wenn nachgewiesen wird,

1.) daß sie eine für die beabsichtigte therapeutische Anwendung hinreichende Ergiebigkeit besitzt;

2.) daß das Quellwasser die im Anhang I bestimmte spezifische Beschaffenheit aufweist oder pharmakologisch bereits in kleineren Mengen wirksame Inhaltsstoffe in den im Anhang I bestimmten Mindestmengen enthält.

3.) daß das Quellwasser ohne Veränderung seiner natürlichen Zusammensetzung eine wissenschaftlich anerkannte Heilwirkung ausübt oder erwarten läßt.

§ 4.

Anerkennung als Heilpeloide.

Ein Peloid darf nur dann als Heilpeloid anerkannt werden, wenn nachgewiesen wird,

1.) daß es in einem für die beabsichtigte Verwendung ausreichenden Lager vorhanden ist;

2.) daß es solche physikalisch, physikalisch-chemische oder chemische Eigenschaften besitzt, wie sie für die beabsichtigte Verwendung nötig sind;

3.) daß es ohne Veränderung seiner natürlichen Zusammensetzung eine wissenschaftlich anerkannte Heilwirkung ausübt oder erwarten läßt.

§ 5.

Anerkennung sonstiger natürlicher Vorkommen.

(1) Für die Anerkennung natürlicher Grund- und Sickerwasser aus Mooren als Heilwässer ist außer den Voraussetzungen nach § 4 nachzuweisen, daß die Wässer aus einem als Heilmoor anerkannten Moorlager entstammen.

(2) Ein sonstiges natürliches Vorkommen darf nur dann als Heilvorkommen anerkannt werden, wenn nachgewiesen wird, daß es ohne Veränderung seiner natürlichen Zusammensetzung oder Beschaffenheit eine wissenschaftlich anerkannte Heilwirkung ausübt oder erwarten läßt.

(3) Darüber hinaus muß radioaktive Luft für Inhalationen mindestens 1.10^{-9} Curie Radiumemanation/Liter enthalten.

§ 6.

Nutzungsbewilligung.

(1) Die Nutzung von Heilvorkommen, ausgenommen jene von Heilfaktoren (§ 1 Abs. 2 lit.c), bedarf einer Bewilligung der Landesregierung.

(2) Die Landesregierung hat die Nutzungsbewilligung (Abs. 1) mit Bescheid zu erteilen, wenn hiefür die nach diesem Gesetz geforderten Voraussetzungen gegeben sind. Im Bewilligungsbescheid sind die zur Sicherstellung der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen nach den Erkenntnissen der balneologischen Wissenschaft erforderlichen Bedingungen und Auflagen vorzuschreiben.

(3) Die Bewilligung erfolgt auf Antrag, den nur der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte des Vorkommens zu stellen berechtigt ist. Der Antragsteller hat die im Abs. 4 lit. b und c geforderten Voraussetzungen durch ein schriftliches Gutachten eines Sachverständigen nachzuweisen. Die Nachweise dürfen nicht älter als ein Jahr sein. Im Bewilligungsverfahren ist ein Gutachten des Landeshauptmannes einzuholen, das zum Antrag vom Standpunkt der sanitären Aufsicht Stellung nimmt.

(4) Eine Nutzungsbewilligung im Sinne des Abs. 1 darf nur erteilt werden, wenn

- a) die Anerkennung (§ 2) ausgesprochen worden ist;
- b) die hygienisch und technisch einwandfreie Fassung der Heilquellen, die hygienisch und technisch einwandfreie Gewinnung bzw. Aufbereitung der Produkte eines Heilvorkommens nachgewiesen wird;
- c) bei ortsgebundener Nutzung eines Heilvorkommens mit Inhaltsstoffen flüchtiger oder leicht veränderlicher Natur, die für die Heilwirkung von Bedeutung sind, gewährleistet ist, daß auch am Ort der Anwendung der Mindestgehalt im Sinne des § 3 Z. 2 vorhanden ist; nur bei Sauerlingen für Badekuren (Anhang II lit. d) genügt als Mindestwert die Menge von 700 mg/kg freies Kohlendioxyd in der Badewanne.

(5) Jede Nutzung natürlicher Vorkommen als Heilvorkommen entgegen den Vorschriften dieses Gesetzes ist verboten. Als Nutzung im Sinne dieses Gesetzes gilt jedoch nicht die Benützung eines natürlichen Vorkommens zum persönlichen Gebrauch.

§ 7.

Bezeichnung von Heilvorkommen.

(1) Heilvorkommen sind im Anerkennungsbescheid (§ 2) bzw. in der Nutzungsbewilligung (§ 6) unter Anführung eines eventuellen Eigennamens (Markennamens), der örtlichen Lage und der für die Heilwirkung des Vorkommens maßgebenden Merkmale, wie im Anhang II angegeben, zu bezeichnen.

(2) Es ist verboten, für ein Heilvorkommen eine von der nach Abs. 1 erfolgten Kennzeichnung inhaltlich abweichende Bezeichnung im öffentlichen Verkehr zu verwenden.

(3) In der Werbung für ein Heilvorkommen dürfen nur seine anerkannten Indikationen und therapeutischen Anwendungsformen (§ 9 Abs. 3) verwendet werden. Jede irreführende Werbung und die Verwendung von Laienurteilen über Behandlungserfolge mit einem Heilvorkommen in der Werbung ist verboten. Eine irreführende Werbung liegt insbesondere vor, wenn dem Heilvorkommen eine den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft widersprechende Wirkung beigelegt wird oder wenn Indikationen und therapeutische Anwendungsformen zu Werbezwecken verwendet werden, die der Landesregierung nicht angezeigt wurden, bzw. deren Anführung oder Anwendung von der Landesregierung untersagt wurde.

§ 8.

Analysen der Heilvorkommen.

(1) Inhaber von Heilvorkommen der in den §§ 3 bis 5 genannten Arten haben mindestens alle zwanzig Jahre eine Vollanalyse (Anhänge III, IV und VI) und mindestens alle fünf Jahre eine Kontrollanalyse (Anhänge V und VII) unter Berücksichtigung der charakterisierenden Bestandteile des

Vorkommens durchführen zu lassen.

(2) Die Vollanalyse von Heilquellen muß als Große Heilwasseranalyse (Anhang III) durchgeführt werden, wenn die Nächtigungs-ziffer in dem betreffenden Heilbad (Kurort) jährlich 100.000 erreicht oder überschreitet bzw. bei Nutzung der Quelle für Versandzwecke 500.000 Liter oder mehr jährlich abgefüllt werden. Treffen diese Voraussetzungen nicht zu, so genügt als Vollanalyse eine Kleine Heilwasseranalyse (Anhang IV).

(3) Die für die Durchführung der Analysen zugelassenen Institute, Laboratorien und Untersuchungsanstalten sind durch Verordnung der Landesregierung zu bestimmen. Es dürfen nur solche Institute, Laboratorien und Untersuchungsanstalten bestimmt werden, die nach ihrer Art, Einrichtung, Arbeitsweise und Leitung nach dem Stande der wissenschaftlichen Erkenntnisse auf dem betreffenden Fachgebiet für die Durchführung der ihnen zu übertragenden Aufgaben geeignet sind. Bei Bedarf können zur Durchführung von Analysen im Hinblick auf die Balneotherapie auch Institute, Laboratorien und Untersuchungsanstalten bestimmt werden, die zwar nicht unter der Leitung eines balneologisch erfahrenen Arztes stehen, jedoch dafür Gewähr bieten, daß die am Schlusse der Analyse vorzunehmende Bewertung des Analysenbefundes unter Beiziehung eines medizinischen Experten für Balneologie vorgenommen wird.

(4) Die Inhaber von Heilvorkommen haben die Analysenbefunde stets zur Einsicht durch Organe der sanitären Aufsicht bereitzuhalten.

§ 9.

Indikationen und therapeutische Anwendungsformen
von
Heilvorkommen.

(1) Die Inhaber von Heilvorkommen haben binnen sechs Monaten nach Erhalt des Bescheides über die Anerkennung als Heilvorkommen die Indikationen und therapeutischen Anwendungsformen der Landesregierung anzuzeigen. Mit der Anzeige ist ein Gutachten über die Indikationen und therapeutischen Anwendungsformen einzureichen, das von einem gemäß § 8 Abs. 3 zugelassenen Institut, Laboratorium oder einer Unternehmungsanstalt unter Beiziehung eines medizinischen Experten für Balneologie verfaßt wurde und das nicht älter als ein Jahr ist.

(2) Die Landesregierung hat zu den nach Abs. 1 eingelangten Anzeigen ein Gutachten des Landeshauptmannes einzuholen, das zu den bekanntgegebenen Indikationen und therapeutischen Anwendungsformen vom Standpunkt der sanitären Aufsicht Stellung nimmt.

(3) Die Indikationen und therapeutischen Anwendungsformen gelten als anerkannt, wenn die Landesregierung nicht binnen sechs Monaten nach Einlangen der Anzeige ihre Anführung und Anwendung untersagt. Die Anführung und Anwendung ist zu untersagen, wenn auf Grund des Gutachtens des Landeshauptmannes (Abs. 2) hiegegen vom Standpunkt der sanitären Aufsicht Bedenken bestehen.

(4) Von den Inhabern oder Nutzungsberechtigten von Heilvorkommen dürfen nach Ablauf der in den Absätzen 1 und 3 festgesetzten Fristen nur Indikationen und therapeutische Anwendungsformen zu Werbezwecken verwendet werden, die der Landesregierung angezeigt wurden und deren Anführung oder Anwendung nicht untersagt worden ist.

(5) Werden bei einem Heilvorkommen auf Grund neuer wissenschaftlicher Forschungsergebnisse über die ursprünglich angezeigten und nicht untersagten Indikationen und therapeuti-

schen Anwendungsformen hinausgehende Indikationen und therapeutische Anwendungsformen bekannt, so sind hierauf die vorstehenden Bestimmungen mit der Maßgabe anzuwenden, daß die im Abs. 1 vorgesehene Anzeige zu erstatten ist, wenn sie angewendet werden sollen oder auf sie in der Werbung hingewiesen werden soll.

§ 10.

Vertrieb der Produkte von Heilvorkommen.

(1) Das Produkt eines Heilvorkommens darf erwerbsmäßig zu Heilzwecken vom Inhaber, unbeschadet gewerberechtlicher Vorschriften, nur auf Grund einer Bewilligung der Landesregierung vertrieben oder versendet werden.

(2) Die Landesregierung hat die Bewilligung (Abs. 1) mit Bescheid zu erteilen, wenn hiefür die nach diesem Gesetz geforderten Voraussetzungen gegeben sind. Im Bewilligungsbescheid sind die zur Sicherstellung der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen nach den Erkenntnissen der balneologischen Wissenschaft erforderlichen Bedingungen und Auflagen vorzuschreiben.

(3) Die Bewilligung erfolgt auf Antrag. Der Antragsteller hat die im Absatz 4 lit. b bis d geforderten Voraussetzungen durch ein schriftliches Gutachten eines Sachverständigen nachzuweisen. Die Nachweise dürfen nicht älter als 3 Monate sein. Im Bewilligungsverfahren nach Absatz 1 ist ein Gutachten des Landeshauptmannes einzuholen, das zum Antrag vom Standpunkte der sanitären Aufsicht Stellung nimmt.

(4) Eine Bewilligung im Sinne des Absatzes 1 darf nur erteilt werden, wenn

a) die Anerkennung (§ 2) ausgesprochen worden ist;

b) das Produkt eines Heilvorkommens im natürlichen Zustand versand- und lagerfähig ist;

c) sich die chemischen oder physikalischen Eigenschaften des Produktes eines Heilvorkommens beim Lagern oder bei der Versandbereitmachung nicht in einer die Heilwirkung maßgeblich beeinflussenden Weise ändern;

d) die erforderlichen Abfüll-, Aufbereitungs- und Lagerungseinrichtungen in hygienisch und technisch einwandfreier Ausführung vorhanden sind.

(5) Die zum Versand gelangenden Flaschen und Abpackungen der Produkte von Heilvorkommen sind mit Etiketten zu versehen, die den Namen und die örtliche Lage des Heilvorkommens, eine kurze Darstellung der letzten Vollanalyse, mit Angabe des Datums und der untersuchenden Stelle, der für das Versandprodukt anerkannten Indikationen und bei Wässern von Heilquellen die Angabe über einen allfällig erfolgten Zusatz von Kohlensäure zu enthalten haben.

(6) Wasser von Heilquellen, die im naturbelassenen Zustand zum Versand gelangen und bei denen ein Zusatz von Kohlensäure nicht erfolgt ist, können als "natürlich abgefüllte Heilwässer" bezeichnet werden.

(7) Eine Inverkehrsetzung von Produkten, die nicht von anerkannten Heilvorkommen stammen, mit einer Bezeichnung, die den Anschein erweckt, als ob es sich um Produkte anerkannter Heilvorkommen handelt, ist verboten.

§ 11.

Zurücknahme einer Anerkennung als Heilvorkommen sowie einer Nutzungs- und Vertriebsbewilligung.

(1) Eine Anerkennung nach § 2 Abs. 1 oder eine Bewilligung nach § 6 Abs. 1 oder § 10 Abs. 1 ist von der Landesregierung zurückzunehmen, wenn

a) eine für die Anerkennung oder die Erteilung der Bewilligung vorgeschriebene Voraussetzung weggefallen ist oder ein ursprünglich bestandener und noch fortdauernder Mangel nachträglich hervorkommt oder

b) der Landeshauptmann die Zurücknahme aus dem Titel der sanitären Aufsicht beantragt.

(2) Eine Anerkennung nach § 2 Abs. 1 oder eine Bewilligung nach § 6 Abs. 1 oder § 10 Abs. 1 kann von der Landesregierung zurückgenommen werden, wenn sonstige schwerwiegende Mängelauftraten, die geeignet sind, die erwartete Heilwirkung zu beeinträchtigen und trotz Aufforderung innerhalb einer festgesetzten angemessenen Frist nicht behoben werden.

(3) Die Zurücknahme einer Anerkennung als Heilvorkommen ist in gleicher Weise kundzumachen wie die Anerkennung.

III. Kurorte.

§ 12.

Anerkennung als Kurort

(1) Kurorte bedürfen einer Anerkennung durch die Landesregierung.

(2) Die Landesregierung hat die Anerkennung mit Bescheid auszusprechen, wenn hiefür die nach diesem Gesetz geforderten Voraussetzungen gegeben sind. Im Anerkennungsbescheid sind die zur Sicherstellung eines einwandfreien Kurbetriebes nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft erforderlichen Bedingungen und Auflagen vorzuschreiben sowie die Bezeichnung des Kurortes zu bestimmen.

(3) Der Antrag auf Anerkennung als Kurort ist von der Gemeinde oder von den Gemeinden zu stellen, über deren Gemeindegebiet sich der beantragte Kurbereich erstrecken soll.

Im Anerkennungsverfahren ist ein Gutachten des Landeshauptmannes einzuholen, das zum Antrag vom Standpunkt der sanitären Aufsicht Stellung nimmt.

(4) Als Kurort darf ein Gebiet nur dann anerkannt werden, wenn in ihm

a) ein Heilvorkommen gemäß § 1 Abs. 1 vorhanden ist,

b) die zur Ausnützung des vorhandenen Heilvorkommens erforderlichen Betriebs- bzw. Aufbereitungsanlagen sowie weitere, der Eigenart des Kurbetriebes entsprechende und nötigenfalls den Heilzweck fördernde Einrichtungen in zweckdienlicher, den jeweiligen fachlichen Erkenntnissen entsprechender Art vorhanden sind;

c) allgemeine hygienische Voraussetzungen nachgewiesen werden;

d) weiters nachgewiesen werden:

1.) eine einwandfreie und ausreichende Trinkwasserversorgung sowie Beseitigung fester und flüssiger Abfallstoffe;

2.) Maßnahmen gegen Rauch-, Staub- und Lärmplage mit besonderer Berücksichtigung industrieller Abgase und industrieller Staubentwicklung;

3.) dauernde Anwesenheit mindestens eines Arztes im Kurort oder bei einer Jahresfrequenz von weniger als 500 Kurgästen die dauernde Anwesenheit eines Arztes wenigstens während der Kursaison (§ 29);

4.) das Vorhandensein einer Apotheke oder einer ausreichend mit den erforderlichen Heilmitteln ausgestatteten ärztlichen Hausapotheke im Kurort oder bei einer Jahresfrequenz von weniger als 1.000 Kurgästen das Vorhandensein einer solchen im Umkreis von höchstens 5 km;

5.) den hygienischen Anforderungen entsprechende heizbare Unterkunftsmöglichkeiten für Kurgäste;

6.) Verpflegungsmöglichkeit mit Diätkost, falls dies für den Indikationsbereich des Kurortes erforderlich ist;

7.) das Vorhandensein entsprechender Desinfektions-einrichtungen;

8.) Maßnahmen gegen die Gefährdung der Kurgäste durch den Verkehr;

9.) das Vorhandensein von Grünflächen.

(5) Die Anerkennung als Kurort ist im Landesgesetzblatt für das Burgenland kundzumachen.

§ 13.

Anerkennung als heilklimatischer Kurort oder Luftkurort.

(1) Die Anerkennung eines Gebietes als heilklimatischer Kurort oder Luftkurort ist an die Voraussetzungen gemäß § 12 Abs. 4 und an den Nachweis des Vorhandenseins klimatischer Faktoren gebunden, die eine wissenschaftlich anerkannte Heilwirkung ausüben oder erwarten lassen.

(2) Heilklimatische Kurorte sind solche Kurorte, die über ortsgebundene klimatische Faktoren verfügen, welche die Heilung bestimmter Krankheiten fördern. Heilklimatische Kurorte müssen

a) natürliche, ortsgebundene, wissenschaftlich anerkannte, erfahrungsgemäß bewährte, therapeutisch anwendbare Klimafaktoren aufweisen, hiezu gehören:

1) Reizfaktoren (wie Höhenlagen mit vermindertem Luftdruck, reichliche Besonnung und intensive Sonnenbestrahlung insbesondere im Ultraviolett, kräftige Luftbewegung mit beträchtlicher und stark schwankender Abkühlungsgröße usw.) oder

2) Schonfaktoren (wie Vorhandensein von genügend Schattenspendern, Schutz vor stärkeren Winden, jedoch ohne Luftstagnation, gemäßigte und ausgeglichene Abkühlungsgröße, relative

Stabilität der Witterung, an Staubbeimengung und Allergenen arme Luft usw.) oder

3) eine Kombination von Reiz- und Schonfaktoren, ferner

4) das Fehlen häufiger Nebelbildung, übermäßig hoher Abkühlungsgrößen, mehr oder weniger gleichmäßiger Verteilung der Niederschläge über den ganzen Tag, so daß nicht genügend Zeit für den Aufenthalt im Freien bleibt, einer Verseuchung des engeren Kurgebietes durch Abgase von Kraftfahrzeugen oder durch Abgase oder Rauch von Industrieanlagen und dergleichen;

b) entsprechende Grünflächen, Wanderwege und Ausflugsmöglichkeiten besitzen;

c) eine möglichst lärmfreie Lage haben und von Industrieanlagen soweit entfernt gelegen sein, daß die klimatischen Verhältnisse dauernd oder zeitweise nicht gestört werden können;

d) über eine wissenschaftliche, ortsfeste Beobachtungsstation (Klimastation) verfügen, die mit Registriergeräten für die Sonnenscheindauer, Strahlungsstärke, insbesondere im Ultraviolett, Temperatur, Luftdruck, Luftfeuchtigkeit, Wind, Abkühlgröße und Niederschlag ausgerüstet ist; Staubgehalt und Verunreinigungen der Luft müssen wenigstens durch eine gelegentlich zu wiederholende Meßreihe geprüft werden.

(3) Luftkurorte sind solche Kurorte, die ortsgebundene klimatische Faktoren aufweisen, welche die Erhaltung oder Wiedererlangung der Gesundheit fördern. Luftkurorte müssen außer den Voraussetzungen nach Absatz 2 lit. b und c

a) ein gesundheitsförderndes Lokalklima mit günstiger Sonnenscheindauer und Strahlungsstärke, relativer Stabilität der Witterung, gemäßigter Abkühlungsgröße, rauch- und staubarmer Luft und eine Verteilung der Niederschlagszeiten, die einen häufigen Aufenthalt im Freien gestatten, aufweisen, und

b) über eine Klimastation im Sinne des Absatzes 2 lit. d verfügen, wobei jedoch Registriergeräte für Strahlungsstärke, Wind und Abkühlungsgröße nicht erforderlich sind.

§ 14.

Bezeichnung der Kurorte.

(1) Kurorte sind im öffentlichen Verkehr mit ihrem Namen (§ 12 Abs.2) zu bezeichnen. Sie können daneben nach der Art des vorhandenen Heilvorkommens wie folgt bezeichnet werden:

a) als Heilbad, wenn Heilvorkommen (§ 1 Abs.2 lit.a und b) ortsgebunden genutzt werden;

b) als heilklimatischer Kurort, wenn er den im § 13 Abs.1 und 2 geforderten Voraussetzungen entspricht;

c) als Luftkurort, wenn er den im § 13 Abs. 1 und 3 geforderten Voraussetzungen entspricht;

d) mit einem sonstigen Wort, das auf die Besonderheit des Heilvorkommens oder auf die besondere Kurmittelanwendung hinweist (wie Thermalbad, Moorbad und dergleichen),

(2) Solange eine Anerkennung im Sinne der §§ 12 oder 13 nicht ausgesprochen worden ist, ist es verboten, einem Gebiet eine Bezeichnung beizulegen, die den Anschein erwecken könnte, daß dieses Gebiet als Kurort anerkannt worden ist. Ebenso ist es verboten, für einen Kurort eine den Bestimmungen des Absatzes 1 widersprechende Bezeichnung zu führen oder in der Werbung zu verwenden.

(3) Die Bestimmung des § 9 Abs. 4 ist auch auf die Werbung der Kurorte anzuwenden.

§ 15.

Gutachten über klimatische Veränderungen.

(1) Die Kurkommission (Kurverwaltung) eines heilklimatischen Kurortes oder Luftkurortes hat alle fünf Jahre ein Gutachten anfertigen zu lassen, aus dem ersichtlich ist,

daß sich die klimatischen Faktoren (§ 13 Abs. 2 und 3) nicht wesentlich geändert haben.

(2) Bezüglich der für die Erstellung der Gutachten (Klimabeschreibungen) zugelassenen Institute, Laboratorien und Untersuchungsanstalten ist § 8 Abs. 3, bezüglich der Bereithaltung der Gutachten ist § 8 Abs. 4 sinngemäß anzuwenden.

§ 16.

Kurbezirk.

(1) Wird ein Gebiet als Kurort anerkannt, so ist sein Umfang (Kurbezirk) von der Landesregierung durch Verordnung genau festzusetzen.

(2) Der Kurbezirk hat das gesamte Gebiet zu umfassen, auf dem Einrichtungen bestehen, die der Nutzung eines Heilvorkommens dienen. Die Grenzen des Kurbezirkes sind grundsätzlich vom Verlauf der Gemeindegrenzen unabhängig, sollen aber nach Möglichkeit über die Gemeindegrenzen nicht hinausgehen.

§ 17.

Kurfonds.

(1) Die Anerkennung als Kurort (§ 12) bewirkt die Errichtung eines Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit, der innerhalb der Schranken der Gesetze besonders das Recht besitzt, Vermögen aller Art zu besitzen, zu erwerben und darüber zu verfügen, Dienstverträge abzuschließen, den Haushalt selbständig zu führen und wirtschaftliche Unternehmungen zu betreiben, soweit diese zur Erfüllung seiner Aufgaben unerläßlich sind.

(2) Der Fonds hat seinen Sitz in der Gemeinde, die mit dem größten Gebiet dem Kurbezirk angehört und hat die Bezeichnung "Kurfonds (Name des Kurortes) " zu führen. Der Kurfonds ist zur Führung des Wappens jener Gemeinde berechtigt, in der er seinen Sitz hat.

(3) Die Mittel des Kurfonds werden aufgebracht durch

a) die Förderungsbeiträge des Landes (Kurtaxenanteile des Landes nach § 21 Abs. 1),

b) die Widmung von Geldstrafen sowie des Erlöses verfallener Gegenstände (§ 37 Abs. 3),

c) die freiwilligen Beiträge der örtlichen Fremdenverkehrsinteressenten;

d) die sonstigen Zuwendungen und Einnahmen.

(4) Unbeschadet der Zuständigkeit der Gemeinden, die dem Kurbezirk angehören, hat der Kurfonds im Kurort alle Angelegenheiten des Kurwesens zu besorgen. Er hat die öffentlichen Interessen an der Erhaltung, Weiterentwicklung und Ausgestaltung des Kurortes wahrzunehmen. Insbesondere obliegt dem Kurfonds im Rahmen dieses Wirkungsbereiches:

a) die öffentlichen Kuranlagen und die dem Wohle, der Bequemlichkeit und dem Vergnügen der Kurgäste dienenden Einrichtungen zu erhalten, zu vermehren und auszugestalten;

b) Gutachten und Vorschläge an die Behörden in allen Angelegenheiten des Kurbetriebes zu erstatten;

c) auf eine entsprechende Unterbringung und Verpflegung der Kurgäste durch außerbehördliche Maßnahmen Einfluß zu nehmen;

d) die Kur- und Fremdenliste sowie allgemeine im Interesse des Kurbetriebes gelegene Informationen auszugeben;

e) unbeschadet gewerberechtlicher Befugnisse für den Kurort zu werben;

f) Jahresberichte über den Betrieb des Kurortes an die Gemeinden, die dem Kurbezirk angehören, und an die Landesregierung zu erstatten;

g) die Geschäfte zu besorgen, die dem Kurfonds nach anderen Rechtsvorschriften zugewiesen sind;

h) die Entwicklung auf dem Gebiete des Verkehrs, der Rauch-, Staub- und Lärmbekämpfung zu verfolgen, sowie Mißstände und Verbesserungsvorschläge den zuständigen Stellen vorzutragen.

§ 18.

Kurkommission.

(1) Das Organ des Kurfonds ist die Kurkommission. Diese setzt sich zusammen aus dem Bürgermeister jener Gemeinde, in der der Kurfonds seinen Sitz hat, als Vorsitzender sowie Vertretern

- a) jener Gemeinden, die dem Kurbezirk angehören;
- b) der Eigentümer der Kurmittel;
- c) der örtlichen Fremdenverkehrsinteressenten, worunter sich wenigstens jedenfalls ein Gast- und Schankgewerbetreibender und ein Privatzimmervermieter zu befinden haben;
- d) der Dienstnehmer der örtlichen Kuranstalten und Kureinrichtungen;
- e) aus dem Kreise der im Kurbezirk ansässigen zur Berufsausübung berechtigten und den Beruf ausübenden Ärzte;
- f) der in Betracht kommenden Sozialversicherungsträger, falls welche im Kurbezirk Kuranstalten (Kurheime) zur Unterbringung ihrer Versicherten und Anstaltsangehörigen unterhalten oder Versicherte und Anstaltsangehörige zu mehr als 50 von Hundert auf Vertragsplätze in andere Kuranstalten (Kurheime) des Kurbezirktes einweisen.

(2) Die Anzahl der im Absatz 1 angeführten Vertreter ist für jeden Kurort unter Bedachtnahme auf seine Besonderheit (Bedeutung des Kurortes, Anzahl der Gemeinden, die den Kurbezirk angehören usw.) in der Kurordnung (§ 29) so fest-

zusetzen, daß die Gesamtzahl der Mitglieder der Kurkommission 25 nicht übersteigt.

(3) Es sind zu entsenden bzw. zu bestimmen:

a) die im Absatz 1 lit. a angeführten Vertreter von dem in Betracht kommenden Gemeinderat;

b) die im Absatz 1 lit. b angeführten Vertreter vom betreffenden Eigentümer des Kurmittels, wenn in einem Kurort aber mehrere Eigentümer des Kurmittels sind, aus ihrer Mitte, kommt jedoch in diesem Falle ein Einvernehmen nicht zustande, von dem für sie zuständigen Gemeinderat,

c) von den im Absatz 1 lit. c angeführten Vertretern die gewerblich Tätigen von der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für das Burgenland und die Privatzimmervermieter von dem Gemeinderat jener Gemeinde, in der der Kurfonds seinen Sitz hat;

d) die im Absatz 1 lit. d angeführten Vertreter von der Kammer für Arbeiter und Angestellte für das Burgenland;

e) die im Absatz 1 lit. e angeführten Vertreter von der Ärztekammer für das Burgenland;

f) die im Absatz 1 lit. f angeführten Vertreter vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

(4) Für jedes der im Absatz 1 lit. a bis f angeführten Mitglieder der Kurkommission ist von der entsendenden bzw. bestimmenden Stelle ein Ersatzmitglied zu bestimmen, das im Verhinderungsfall das Mitglied zu vertreten hat. Der Vorsitzende der Kurkommission ist im Verhinderungsfall von einem Stellvertreter zu vertreten, der von der Kurkommission aus dem Kreise der im Absatz 1 lit. a angeführten Mitglieder zu wählen ist.

(5) Die im Absatz 3 lit. a bis c angeführten Mitglieder und Ersatzmitglieder der Kurkommission müssen zur Gemeinde-

vertretung einer Gemeinde, die dem Kurbezirk angehört, die im Absatz 3 lit. f angeführten Mitglieder und Ersatzmitglieder der Kurkommission jedoch zum Nationalrat wählbar sein.

(6) Die entsendende (bestimmende) Stelle kann ein Mitglied (Ersatzmitglied) jederzeit abberufen und durch ein anderes ersetzen. Sie hat dies zu veranlassen, wenn das Mitglied (Ersatzmitglied) die Wählbarkeit (Absatz 5) verliert.

(7) Die Funktionsperiode der Kurkommission hat mit der Amtsperiode der Gemeindevertretung jener Gemeinde übereinzustimmen, in der der Kurfonds seinen Sitz hat.

(8) Das Hilfsorgan des Kurfonds ist die Kurverwaltung. Die Bediensteten des Kurfonds unterstehen dem Vorsitzenden der Kurkommission.

§ 19.

Sinngemäße Anwendung von Bestimmungen des Gemeinderechtes.

(1) Im übrigen finden auf den Kurfonds hinsichtlich seiner Geschäftsführung und der von der Landesregierung auszuübenden Aufsicht die in Betracht kommenden Bestimmungen der jeweils geltenden Gemeindeordnung (Statut) mit der Maßgabe sinngemäße Anwendung, daß an Stelle der Gemeinde der Kurfonds, an Stelle des Gemeinderates die Kurkommission und an Stelle des Bürgermeisters der Vorsitzende der Kurkommission zu treten haben.

(2) Die Aufnahme von Krediten für Zwecke der laufenden Kassengebarung (Kassenkredit) bedarf keiner aufsichtsbehördlichen Genehmigung, insoweit der Kassenkredit 10 vom Hundert der laufenden Einnahmen nicht übersteigt und bis zum 31. Oktober, der dem Zeitpunkt der Kreditaufnahme folgt, zurückgezahlt wird. Kassenkredite, die bis zum vorgenannten

Zeitpunkt nicht zurückgezahlt sind, sind auf das Ausmaß der ohne Genehmigung zulässigen neuerlichen Inanspruchnahme anzurechnen.

§ 20.

Schutz der Bezeichnung "Kurfonds" und "Kurkommission".

Wem die Bezeichnung "Kurfonds" oder "Kurkommission" im Sinne dieses Gesetzes nicht zukommt, ist es verboten, diese Bezeichnung oder eine solche zu führen, die den Anschein erwecken könnte, daß es sich um einen Kurfonds oder eine Kurkommission im Sinne dieses Gesetzes handelt.

§ 21.

Kurtaxe.

(1) Zur Deckung der für das Kurwesen erforderlichen Ausgaben werden zu Gunsten des Landes und der zum Kurbezirk gehörenden Gemeinden von den Kurgästen Kurtaxen eingehoben. Von deren Ertrag fließen 75 vom Hundert dem Land und 25 vom Hundert den die Kurtaxe einhebenden Gemeinden zu.

(2) Die vereinnahmten Kurtaxen dürfen nur für kurörtliche Belange, die Ausgestaltung, die Verbesserung der hygienischen und sanitären sowie der für die Wohlfahrt und das Vergnügen der Kurgäste bestimmten Einrichtungen verwendet werden.

§ 22.

Kurgäste: Begriffsbestimmungen.

(1) Als Kurgäste sind ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit alle Besucher des Kurbezirkes zu betrachten,

die im Kurbezirk verweilen, gleichgiltig, ob sie die Kurmittel gebrauchen oder nicht. Diese Besucher sind für sich und ihre Begleitung zur Zahlung der Kurtaxe verpflichtet, doch ist die Kurtaxe nur bis einschließlich der dritten Person desselben Familienverbandes einzuheben. Als demselben Familienverband angehörig gelten: die Ehegattin, die Eltern, Kinder (auch Wahl- und Pflegekinder) und Enkelkinder, die ständig sich im Familienhaushalt befinden.

(2) Eigentümer (Besitzer) und Bestandnehmer von im Kurbezirk befindlichen Wohngebäuden sind, sofern sie nicht mehr als 6 Monate ständig im Kurbezirk wohnen, als Kurgäste zu betrachten, haben jedoch für sich, ihre Familienangehörigen (Abs. 1) und eine Hausgehilfin nur die halbe Kurtaxe zu entrichten.

(3) Von ortsfremden Personen, die zwar nicht im Kurbezirk nächtigen, aber zur Benützung der Kurmittel vorübergehend den Kurbezirk aufsuchen, ist die Kurtaxe gleichfalls einzuheben.

§ 23.

Befreiung von der Entrichtung der Kurtaxe.

(1) Von der Entrichtung der Kurtaxe sind alle jene Personen befreit, die nachweislich aus beruflichen Gründen im Kurbezirk verweilen und Kurmittel nicht gebrauchen. Familienangehörige der im Kurbezirk dauernd wohnhaften Personen sind, wenn sie im gleichen Haushalt leben, keine Kurmittel gebrauchen und nur zu Besuch weilen, von der Entrichtung der Kurtaxe befreit.

(2) Kinder unter 6 Jahren sind von der Entrichtung der Kurtaxe frei.

(3) Der Bürgermeister kann Sozialrentner, wenn sie außer ihrer Sozialrente kein weiteres Einkommen oder Vermögen besitzen, nach Anhörung der Kurkommission von der Entrichtung der Kurtaxe ausnahmsweise ganz oder teilweise befreien.

§ 24.

Ermäßigung der Kurtaxe.

Für nachstehende Personen können vom Bürgermeister Ermäßigungen der Kurtaxe gewährt werden:

- a) Schwerkriegsbeschädigte mit einer Invalidität von über 50 v.H., wenn sie außer der Invalidenrente kein Einkommen haben und für den Gebrauch der Kurmittel einen Kostenbeitrag erhalten 75 v.H.
- b) Begleitpersonen von körperbehinderten Kriegsbeschädigten, wenn vom Arzt die Begleitung verordnet und sie selbst keine Kurmittel gebrauchen 100 v.H.
- c) Blinde, wenn sie außer ihrer Rente kein weiteres Einkommen oder Vermögen besitzen und für den Gebrauch der Kurmittel einen Kostenbeitrag erhalten 100 v.H.
- d) Begleitpersonen von Blinden, wenn sie selber keine Kurmittel gebrauchen 100 v.H.
- e) Ärzte, im Kurwesen tätige Aufsichtsorgane der Landesregierung und Schriftleiter in- und ausländischer Tages- und Wochenblätter und einschlägiger Fachzeitschriften 100 v.H.
- f) Ehegatten von den unter lit. e genannten Personen 50 v.H.

- g) Dienstnehmer für persönliche Dienstleistungen von Kurgästen (wie Diener, Kraftwagenlenker, Kammerzofen, Sekretäre und Sekretärinnen) bei Nachweis des aufrechten Bestandes eines Dienstverhältnisses 50 v.H.
- h) Kurgäste, die von der Sozialversicherung eingewiesen werden 50 v.H.
- i) Kinder und Enkelkinder von Kurgästen vom 6. bis zum 16. Lebensjahr 50 v.H.

§ 25.

Ausmaß und Berechnung der Kurtaxen.

(1) Die Kurtaxe beträgt pro Person und Tag des Aufenthaltes im Kurbezirk mindestens 1, höchstens aber 4 Schilling. Die Landesregierung wird ermächtigt, die tatsächliche Höhe der Kurtaxe in den einzelnen Kurordnungen innerhalb des im 1. Satz festgelegten Rahmens festzusetzen. Sie ist weiters ermächtigt, in den Kurordnungen eine Staffelung der Kurtaxe nach innerem und äußerem Kurbezirk sowie nach Vor-, Haupt- und Nachsaison vorzunehmen.

(2) Bei der Berechnung der Kurtaxe wird bei einem mehr als dreitägigen Aufenthalt der Ankunfts- und Abreisetag als 1 Tag gezählt. Die Kurtaxe darf nur für eine Aufenthaltsdauer bis zu 3 Monaten berechnet werden.

§ 26.

Einhebung der Kurtaxe.

Pflichten der Unterkunftsgeber und der Inhaber der Kurmittel.

(1) Die Unterkunftsgeber sind bei entgeltlicher Gewährung

von Unterkunft verpflichtet, die in ihr Quartier aufgenommenen Personen, ohne Rücksicht auf die Aufenthaltsdauer, der Kurkommission bekanntzugeben. Die nähere Form dieser Bekanntgabe regelt die Landesregierung in der Kurordnung.

(2) Die Unterkunftsgeber bzw. die Inhaber der Kurmittel sind verpflichtet, die Kurtaxe von den Kurgästen einzuheben, und zwar spätestens bei Begleichung der Rechnung für den Gebrauch der Kurmittel oder für die Nächtigung. Sie haben die eingehobene Kurtaxe bis 10. des nächstfolgenden Monats an die Gemeinde abzuführen. Die Einhebungspflichtigen haften für die richtige Abfuhr der Kurtaxe, wenn ihre Rechnung vom Kurgast beglichen wurde.

(3) Wird die Kurtaxe vom Kurgast nicht oder nicht vollständig geleistet, so hat der Unterkunftsgeber diese Tatsache der zuständigen Gemeinde bekanntzugeben, welche den ausständigen Betrag mittels Bescheid dem Kurgast vorzuschreiben hat.

(4) Die in den Absätzen 1 bis 4 festgesetzten Pflichten der Unterkunftsgeber bestehen nur dann, wenn die Unterkunft entgeltlich gewährt wird.

§ 27.

Abführung der Kurtaxe durch die Gemeinden.

Die Gemeinden haben 75 vom Hundert der bei ihnen eingezahlten Kurtaxen jeweils am Monatsende an das Land abzuführen.

§ 28.

Überwachung der Tätigkeit der Gemeinden und der Kurkommission bei der Einhebung und Verwendung der Kurtaxe.

(1) Die Überwachung der gesamten Tätigkeit der Gemeinden und der Kurkommission bezüglich der Einhebung und Verwendung der vereinnahmten Kurtaxen obliegt der Landesregierung.

(2) Die Landesregierung ist jederzeit berechtigt, in alle Akten, Bücher, Rechnungen und sonstige Zahlungs- bzw. Buchungsbelege Einblick zu nehmen und wahrgenommene Mängel abzustellen.

§ 29.

Kurordnung.

Die Landesregierung hat nach Anhörung der Gemeinden, die dem Kurbezirk angehören, und der gesetzlichen Berufsvertretungen für jeden Kurort durch Verordnung eine Kurordnung zu erlassen, in der der Umfang des Kurbezirkes und die Anzahl der Mitglieder der Kurkommission festzusetzen sind sowie die näheren Bestimmungen über den Aufgabenbereich, die Geschäftsführung und die Vertretung der Kurkommission und über den Kurbetrieb einschließlich der Feststellung der Kursaison, das ist jener Zeitraum des Jahres, in dem vorwiegend Kurgebrauch stattfindet, zu treffen sind.

§ 30.

Zurücknahme der Anerkennung als Kurort.

(1) Auf die Zurücknahme der Anerkennung als Kurort ist § 11 sinngemäß anzuwenden.

(2) Die Zurücknahme der Anerkennung als Kurort bewirkt die Auflösung des Kurfonds, dessen Vermögen in diesem Fall unter Ausschluß der Liquidation auf die Gemeinden, die dem Kurbezirk angehören, im Verhältnis zu übergehen hat, in dem sie mit ihrem Gebiete dem Kurbezirk angehören. Die das Vermögen des Kurfonds übernehmenden Gemeinden haften für die bei der Vermögensübernahme bestehenden Verbindlichkeiten anteilmäßig und beschränkt auf das übernommene Vermögen,

IV. Kuranstalten und Kureinrichtungen.

§ 31.

Betriebsbewilligung; Sperre.

(1) Kuranstalten und Kureinrichtungen, die der Nutzung eines Heilvorkommens dienen, bedürfen für ihre Inbetriebnahme, abgesehen von einer nach anderen Vorschriften erforderlichen behördlichen Genehmigung, der Bewilligung der Landesregierung.

(2) Die Landesregierung hat die Betriebsbewilligung mit Bescheid zu erteilen, wenn hiefür die nach diesem Gesetz geforderten Voraussetzungen gegeben sind. Im Bewilligungsbescheid sind die zur Sicherstellung eines einwandfreien Kurbetriebes nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft erforderlichen Bedingungen und Auflagen vorzuschreiben.

(3) Der Antragsteller hat dem Antrag maßstabgerechte Pläne eines Bausachverständigen sowie Bau- und Betriebsbeschreibungen in zweifacher Ausfertigung anzuschließen, aus denen der beabsichtigte Verwendungszweck der Betriebsräume und bei den für die Behandlung sowie für die Unterbringung oder den Aufenthalt der Kurgäste und des Personals bestimmten Räumen auch die Größe der Bodenfläche und des Luftraumes sowie die Bettenanzahl zu ersehen sind. Im Bewilligungsverfahren ist ein Gutachten des Landeshauptmannes einzuholen, das zu dem Antrag vom Standpunkt der sanitären Aufsicht Stellung nimmt. Außerdem ist die zuständige gesetzliche Interessentenvertretung der Heilbad- und Kuranstalten und Heilquellenbetriebe zu hören.

(4) Eine Bewilligung zum Betrieb einer Kuranstalt oder von Kureinrichtungen darf nur erteilt werden, wenn

a) ein Heilvorkommen gemäß § 1 Absatz 1 vorhanden ist, für das bereits die Nutzungsbewilligung nach § 6 erteilt oder für das der nach § 13 Absatz 1 erforderliche Nachweis erbracht wurde;

b) das Eigentumsrecht oder sonstige Nutzungsrechte des Bewerbers an der für eine Kuranstalt in Aussicht genommenen Betriebsanlage nachgewiesen sind;

c) hinsichtlich der für die Unterbringung einer Kuranstalt oder von Kureinrichtungen in Betracht kommenden Gebäude die nach den sonstigen Vorschriften erforderlichen Genehmigungen bereits vorliegen;

d) die für den unmittelbaren Betrieb der Kuranstalt oder von Kureinrichtungen erforderlichen medizinischen Apparate und technischen Einrichtungen in zweckdienlicher, den wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechender Art vorhanden sind und die Betriebsanlagen sowie alle medizinischen Apparate und technischen Einrichtungen den Sicherheitsvorschriften entsprechen;

e) die Aufsicht über jene Teile des Betriebes, die der Bereitstellung und Verabreichung der Heilvorkommen dienen, durch einen vom Bewilligungswerber selbst zu bestimmenden geeigneten Arzt, der nach den Vorschriften des Ärztegesetzes, BGBl. Nr. 92/1949, zur selbständigen Ausübung des ärztlichen Berufes berechtigt ist und die erforderlichen Kenntnisse in der Balneotherapie besitzt, gewährleistet wird;

f) der Bewerber oder, falls es sich um eine juristische Person handelt, dessen gesetzlicher Vertreter eigenberechtigt ist, gegen ihn keine Ausschließungsgründe im Sinne der Bestimmungen der §§ 5 und 6 der Gewerbeordnung vorliegen und er die nötige Verlässlichkeit besitzt;

g) eine einwandfreie und ausreichende Trinkwasserversorgung sowie die Beseitigung fester und flüssiger Abfallstoffe gesichert ist;

h) das Vorhandensein eines fachlich geeigneten Bade- bzw. Pflegepersonals nachgewiesen wird.

(5) Die Landesregierung hat die Sperre von Kuranstalten oder Kureinrichtungen zu verfügen, wenn die Kuranstalt oder Kureinrichtung ohne die in den Absätzen 2 oder 7 vorgeschriebene Bewilligung betrieben wird; sie kann die Sperre von Kuranstalten oder Kureinrichtungen verfügen, wenn die Betriebsbedingungen oder Auflagen des Bewilligungsbescheides nicht erfüllt sind, dieser Mißstand nicht in einer für den Kurbetrieb angemessenen Frist behoben werden kann und dadurch der gesicherte Betrieb der Kuranstalt oder Kureinrichtung nicht mehr gewährleistet ist. Vor einer solchen Maßnahme ist die zuständige gesetzliche Interessentenvertretung zu hören.

(6) Die Sperre ist auf Antrag aufzuheben, sofern der Mangel behoben wurde.

(7) Wesentliche räumliche Änderungen von Kuranstalten oder Kureinrichtungen sind der Landesregierung anzuzeigen; sofern sie die Heilbehandlung maßgeblich beeinflussen, bedürfen sie der Bewilligung der Landesregierung. Für die Erteilung der Bewilligung der Landesregierung gelten die gleichen Voraussetzungen, die für die Erteilung einer Betriebsbewilligung gelten.

§ 32 .

Verpachtung und sonstiger Rechtsübergang.

(1) Die Verpachtung oder der Übergang einer Kuranstalt oder Kureinrichtung auf einen anderen Rechtsträger ist der Landesregierung anzuzeigen. Die Landesregierung hat zu prüfen, ob die Voraussetzungen nach § 31 Absatz 4 lit. f gegeben sind, wobei die zuständige gesetzliche Interessentenvertretung zu hören ist.

(2) Falls die Kuranstalt oder Kureinrichtung nach dem Tode des Berechtigten für Rechnung der Witwe auf die Dauer des Witwenstandes weitergeführt wird und die Witwe nicht den Voraussetzungen des § 31 Absatz 4 lit. f entspricht, so hat sie oder, falls sie nicht eigenberechtigt ist, ihr gesetzlicher Vertreter, für die Zeit, während der sie diese Voraussetzungen nicht erfüllt, einenim Sinne des § 31 Absatz 4 lit. f geeigneten Stellvertreter zu bestellen. Falls die Kuranstalt oder Kureinrichtung nach dem Tode des Berechtigten für Rechnung eines minderjährigen erbberechtigten Deszendenten weitergeführt wird, hat der gesetzliche Vertreter bis zur Erreichung der Großjährigkeit des Deszendenten einenim Sinne des § 31 Absatz 4 lit. f geeigneten Stellvertreter zu bestellen. Wenn der Berechtigte sowohl eine Witwe als auch erbberechtigte minderjährige Deszendenten hinterläßt, so haben die Witwe und die gesetzlichen Vertreter der minderjährigen Deszendenten den Stellvertreter gemeinschaftlich zu bestellen.

(3) Sind bezüglich eines Pächters oder eines anderen Rechtsträgers (Absatz 1) die Voraussetzungen gemäß § 31 Absatz 4 lit. f nicht gegeben, oder wird in den Fällen des Absatzes 2 ein geeigneter Stellvertreter binnen einer Frist von 3 Monaten, gerechnet vom Tode des Berechtigten, nicht bestellt, so hat die Landesregierung den Betrieb zu untersagen oder, falls dies im öffentlichen Interesse nicht angängig ist, auf Kosten und Gefahr des Rechtsträgers einen geeigneten Stellvertreter zu bestellen.

§ 33.

Anstaltsordnung.

(1) Die Landesregierung hat dem Rechtsträger einer Kuranstalt (§ 1 Abs. 7) in der Betriebsbewilligung (§ 31, Abs. 2), bei wesentlichen Erweiterungen einer Kuranstalt auch aus diesem

Anlaß mit gesondertem Bescheid die Erlassung einer Anstaltsordnung aufzutragen, wenn die Jahresfrequenz einer Kuranstalt mehr als 500 Kurgäste beträgt.

(2) Die Anstaltsordnung hat jedenfalls zu enthalten:

a) die Darlegung der Aufgaben, welche die Kuranstalt und die bereitgestellten Einrichtungen nach dem besonderen Anstaltszweck erfüllen sollen;

b) Angaben über die Organisation der Anstalt, die Person ihres Rechtsträgers und die wesentlichen, dem Betrieb der Anstalt zugrunde liegenden Rechtsverhältnisse;

c) die Grundzüge der Verwaltung der Anstalt, insbesondere auch die Anführung und die Zusammensetzung der dazu berufenen Organe;

d) Regelung der Obliegenheiten der in der Anstalt beschäftigten Personen in dem durch die besonderen Verhältnisse gegebenen Umfang;

e) einen Hinweis auf die Verschwiegenheitspflicht (§ 34) und die Regelung der disziplinarischen Ahndung ihrer Verletzung.

(3) Die Anstaltsordnung und ihre Änderung bedürfen der Genehmigung der Landesregierung. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die Anstaltsordnung den Bestimmungen dieses Gesetzes oder des Betriebsbewilligungsbescheides (§ 31 Absatz 2) widerspricht oder einen ordnungsgemäßen Kurbetrieb nicht gewährleistet. Andernfalls ist die Genehmigung zu erteilen.

§ 34.

Verschwiegenheitspflicht.

(1) Alle in einer Kuranstalt oder Kureinrichtung beschäftigten Personen sind zur Verschwiegenheit über alle Umstände, die ihnen in Ausübung ihrer Tätigkeit oder mit

Beziehung auf ihre Tätigkeit über die Krankheit von Kurgästen und über deren persönliche, wirtschaftliche und sonstige Verhältnisse bekannt geworden sind, verpflichtet. Die Verschwiegenheitspflicht ist zeitlich unbeschränkt und endet auch nicht mit dem Ende der Beschäftigung oder der Tätigkeit in der Kuranstalt oder Kureinrichtung.

(2) Die Verschwiegenheitspflicht besteht nicht, soweit die Offenbarung des Geheimnisses durch Gesetz geboten ist oder soweit die öffentlichen Interessen an der Offenbarung des Geheimnisses, insbesondere die Interessen der öffentlichen Gesundheitspflege oder der Rechtspflege die privaten Interessen an der Geheimhaltung überwiegen. Über das Nichtbestehen der Verschwiegenheitspflicht entscheidet die Bezirksverwaltungsbehörde.

(3) Für Personen, für die nach anderen gesetzlichen oder dienstrechtlichen Vorschriften eine weitergehende Verschwiegenheitspflicht besteht, bleiben die diesbezüglichen Vorschriften unberührt.

§ 35.

Zurücknahme der Betriebsbewilligung.

Auf die Zurücknahme der Betriebsbewilligung für eine Kuranstalt oder Kureinrichtung ist die Bestimmung des § 11 sinngemäß anzuwenden.

V. Enteignung.

§ 36.

(1) Die Landesregierung kann Grundstücke, auf denen eine Heilquelle oder ein Heilpeloid vorhanden ist, samt dem zu ihrer Erschließung und Verwertung notwendigen Grundstücke auf Antrag zu Gunsten des Landes, einer Gemeinde oder einer

sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaft enteignen, wenn die Heilquelle oder das Heilpeloid nicht oder offensichtlich unzureichend ausgenutzt und auch nicht binnen zwei Jahren nach entsprechender Aufforderung durch die Landesregierung mit einer zureichenden Ausnützung begonnen wird, ihre Ausnützung aber wirtschaftlich möglich und mit Rücksicht auf die Förderung der Volksgesundheit oder die zu gewärtigende Entwicklung eines Landesteiles im öffentlichen Interesse gelegen ist. Ebenso ist eine Enteignung zu Gunsten anderer juristischer oder physischer Personen zulässig, wenn diese bereits mit der Pflege und Verwertung eines Heilvorkommens erfolgreich befaßt waren.

(2) Grundstücke, die Zwecken dienen, für die auch nach bundesgesetzlicher Regelung ein Enteignungsrecht besteht, können nur enteignet werden, wenn das zur Vollziehung jenes Bundesgesetzes zuständige Bundesministerium mitgeteilt hat, daß von jenem Enteignungsrecht kein Gebrauch gemacht wird.

(3) Eine Enteignung ist nur zulässig, wenn und insoweit das im Absatz 1 bezeichnete Ziel auf eine andere Art in angemessener Frist nicht erreicht werden kann.

(4) Auf die Durchführung der Enteignung hat das Eisenbahnteilungsgesetz 1954, BGBl.Nr.71, mit nachstehenden Abweichungen sinngemäß Anwendung zu finden:

(a) zur Entscheidung über die Enteignung ist die Landesregierung zuständig;

(b) der Enteignungsbescheid hat gleichzeitig die Bestimmung über die Höhe der Entschädigung zu enthalten, die auf Grund der Schätzung beeideter Sachverständiger zu ermitteln ist;

c) jedem der beiden Teile steht es frei, wenn er sich durch die Entscheidung über die Bemessung der Entschädigungssumme benachteiligt erachtet, innerhalb eines Jahres nach der Entscheidung der Landesregierung die Feststellung des Entschädigungsbetrages bei jenem Bezirksgericht zu verlangen, in dessen Sprengel sich der zu enteignende Gegenstand

befindet. Mit der Geltendmachung des Anspruches bei Gericht tritt die Entscheidung der Landesregierung hinsichtlich des Anspruches über die Höhe der Enteignungsent-schädigung außer Kraft. Ein bei Gericht eingebrachter Antrag kann nur mehr mit Zustimmung des Antragsgegners zurückgezogen werden. In diesem Falle haben, sofern keine andere Verein-barung getroffen wurde, die im Bescheid der Landesregierung ent-haltenen Entschädigungsbeträge als vereinbart zu gelten;

d) wenn sich die Enteignung auf Anlagen bezieht, deren Betrieb die Durchführung eines bundesgesetzlich geregelten Verfahrens voraussetzt, ist die für die Durchführung dieses Verfahrens zuständige Behörde zu hören;

e) die Entschädigung für enteignete Grundstücke hat in erster Linie durch ein entsprechendes Ersatzgrundstück zu er-folgen. Auf Verlangen des Eigentümers ist das ganze Grundstück abzulösen, wenn der nach einer Enteignung verbleibende Rest nicht mehr zweckentsprechend zu nutzen ist.

VI. Schlußbestimmungen.

§ 37.

Strafbestimmungen.

(1) Zuwiderhandlung gegen die im § 6 Abs. 5, § 7 Abs. 2 und 3, § 10 Abs. 7, § 14 Abs. 2 und § 20 aufgestellten Verbote oder die im § 8 Abs. 1, 2 und 4, § 9 Abs. 4, § 10 Abs. 5, § 14 Abs. 1, § 15, § 31 Abs. 7 und § 32 Abs. 1 und 2 auf-gestellten Gebote, der Vertrieb der Produkte von Heilvorkommen (§ 10) oder der Betrieb einer Kuranstalt oder Kureinrichtung (§ 31) ohne Bewilligung sowie Verletzungen der Verschwiegen-heitspflicht (§ 34) sind als Verwaltungsübertretungen mit Geld bis zu S 30.000.-- oder Arrest bis zu vier Wochen zu bestrafen.

(2) Produkte, die entgegen den Bestimmungen dieses Gesetzes vertrieben oder versendet werden, und Werbematerial, das den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht entspricht, sind für verfallen zu erklären.

(3) Geldstrafen und der Erlös verfallender Gegenstände aus in einem Kurort begangenen Verwaltungsübertretungen (Abs.1) haben dem in Betracht kommenden Kurfonds zuzufließen.

§ 38.

Verständigung des Landeshauptmannes.

Anerkennungen und Bewilligungen sowie deren Rücknahme, die die Landesregierung auf Grund dieses Gesetzes erteilt oder verfügt, sowie die Untersagung von Indikationen und therapeutischen Anwendungsformen eines Heilvorkommens im Sinne des § 9 Absatz 3 sind dem Landeshauptmann von der Landesregierung unverzüglich unter Übermittlung einer Abschrift des bezüglichen Bescheides bekanntzugeben.

§ 39.

Übergangsbestimmungen.

(1) Heilvorkommen und Kurorte, die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits nach bisher geltenden Vorschriften behördlich anerkannt sind, bedürfen der im § 2 Absatz 1 oder § 12 Absatz 1 vorgesehenen Anerkennung nicht, ebenso bedarf die Nutzung eines derart anerkannten Heilvorkommens, der Versand der Produkte von Heilvorkommen sowie der Betrieb von Kuranstalten und Kureinrichtungen der nach § 6 Absatz 1, § 10 Absatz 1 vorgesehenen Bewilligung oder der im § 32 Absatz 1 vorgesehenen Anzeige nicht, wenn

die Nutzung des Heilvorkommens, der Versand von Produkten des Heilvorkommens oder der Betrieb von Kuranstalten und Kureinrichtungen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes nach den bisher geltenden Vorschriften erfolgt. Die Landesregierung hat auch bei solchen Kuranstalten die Erlassung einer Anstaltsordnung (§ 33) vorzuschreiben.

(2) Die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes vorliegende Anerkennung als Heilvorkommen oder Kurort beziehungsweise eine zu diesem Zeitpunkt erfolgte Nutzung eines solchen Heilvorkommens, der Betrieb von Kuranstalten und Kureinrichtungen oder der Versand der Produkte eines Heilvorkommens kann von der Landesregierung zurückgenommen oder untersagt werden, wenn das Heilvorkommen versiegt oder aufgebraucht ist oder sich so verändert hat, daß ihm nach den Bestimmungen des Anhanges I oder II nicht mehr der Charakter eines Heilvorkommens zukommt, die bestehenden Anlagen und Einrichtungen beziehungsweise die vorgenommene Tätigkeit nicht den für solche Anlagen und Einrichtungen beziehungsweise Tätigkeiten nach diesem Gesetz vorgesehenen Bestimmungen entsprechen und die binnen einer angemessenen Frist aufgetragene Behebung dieser Mängel nicht erfolgt ist.

(3) Die Inhaber von Heilvorkommen, die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits als anerkannt gelten, haben binnen einer Jahresfrist ab Inkrafttreten dieses Gesetzes

a) eine Vollanalyse, wenn die zuletzt durchgeführte älter als zwanzig Jahre ist, oder

b) eine Kontrollanalyse, wenn die zuletzt durchgeführte älter als fünf Jahre ist, durchrühren zu lassen.

(4) Heilklimatische Kurorte und Luftkurorte, die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits als anerkannt gelten, haben binnen einer Jahresfrist ab Inkraft-

treten dieses Gesetzes ein Gutachten im Sinne des § 15 Absatz 1 einzuholen, wenn das zuletzt erstellte Gutachten älter als fünf Jahre ist.

(5) Die Inhaber von Heilvorkommen, die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits als anerkannt gelten, haben binnen sechs Monaten nach Geltungsbeginn dieses Gesetzes die bisher verwendeten Indikationen und therapeutischen Anwendungsformen der Landesregierung anzuzeigen. Mit der Anzeige ist ein Gutachten über die Indikationen und die therapeutischen Anwendungsformen einzureichen, das von einem der gemäß § 8 Absatz 3 zugelassenen Institute, Laboratorien oder Untersuchungsanstalten unter Beiziehung eines medizinischen Experten für Balneologie verfaßt wurde. Die Landesregierung hat zu den nach den vorstehenden Bestimmungen einlangenden Anzeigen ein Gutachten des Landeshauptmannes im Sinne des § 9 Absatz 2 einzuholen. Die bekanntgegebenen Indikationen und therapeutischen Anwendungsformen des Heilvorkommens gelten als anerkannt, soweit die Landesregierung nicht binnen drei Monaten nach Erhalt der Meldung deren Anführung oder Anwendung untersagt.

(6) Die Bestimmungen der §§ 9 Absatz 4 und 13 Absatz 3 gelten auch für Heilvorkommen und Kurorte, die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits nach den bisher geltenden Vorschriften behördlich anerkannt sind.

(7) Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes in Funktion befindlichen Kurkommissionen (Kurverwaltungen) haben diese Funktion bis zur Konstituierung der nach § 18 zusammengesetzten Kurkommissionen weiter auszuüben, die Konstituierung hat innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zu erfolgen.

Verhältnis zu anderen Rechts-
vorschriften.

Durch die Bestimmungen dieses Gesetzes werden die Vorschriften des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (ASVG), soweit sie in diesen Bestimmungen enthalten sind, die sich auf die Kuranstalten im Sinne dieses Gesetzes beziehen, nicht berührt.

§ 41.

Schlußbestimmungen.

(1) Dieses Gesetz tritt mit Beginn des dritten auf seine Kundmachung folgenden Kalendermonates in Kraft.

(2) Gleichzeitig werden die bisher im Burgenlande geltenden gesetzlichen Bestimmungen über natürliche Heilvorkommen und Kurorte aufgehoben.

(3) Wo in geltenden landesgesetzlichen Vorschriften auf die Bestimmungen der im Absatz 2 angeführten Gesetze Bezug genommen ist, hat diese Bezugnahme als auf die entsprechenden Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes abgeändert zu gelten.

(4) Mit der Vollziehung dieses Gesetzes ist die Landesregierung betraut. Durchführungsverordnungen zu dem vorliegenden Gesetz können bereits vom Tage seiner Kundmachung an erlassen werden; sie treten frühestens mit dem Geltungsbeginn des Gesetzes in Kraft. Die Kurordnungen für die bestehenden Kurorte sind längstens binnen drei Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes zu erlassen.

Anhang I
(Zu § 3 Z.2)

Als Voraussetzung zur Anerkennung als Heilquelle muß das Quellwasser im Sinne des § 3 Z. 2 folgende spezifische Beschaffenheit bzw. Inhaltsstoffe in folgenden Mindestmengen aufweisen:

- (a) einen Mindestgehalt von 1 Gramm gelöster Stoffe im Kilogramm des Wassers oder
- (b) eine gleichbleibende Temperatur von mindestens 20°C am Quellenaustritt oder
- (c) einen Mindestgehalt an natürlichem, freiem Kohlendioxyd am Quellenaustritt von 250 mg für Trinkkuren bzw. 1000 mg für Badekuren im Kilogramm des Quellwasser oder
- (d) unabhängig von der Gesamtmineralisierung einen Mindestgehalt an einem der folgend angeführten pharmakologisch wirksamen Inhaltsstoffe:

Eisenquellen	Eisen	10 mg/kg
Jodquellen	Jod	1 mg/kg
Schwefelquellen ..	titrierbarer Schwefel	1 mg/kg
Arsenquellen	Arsen	0.7 mg/kg

Radonwässer:

für Trinkkuren	$100 \cdot 10^{-9}$ Curie-Radiumemanation/kg
für Badekuren	$10 \cdot 10^{-9}$ Curie-Radiumemanation/kg

Falls weitere Inhaltsstoffe auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnisse als pharmakologisch wirksam anzusehen sind, ist erforderlich, daß sie in der für die beabsichtigte Heilwirkung notwendigen Mindestmenge im Quellwasser enthalten sind.

Anhang II
(Zu § 7)

Die für die Heilwirkung maßgebenden Merkmale eines Heilvorkommens sind im Sinne des § 7 Absatz 1 wie folgt zu bezeichnen:

- a) Quellen mit mindestens 1 Gramm gelöster fester Stoffe je kg des Wassers sind durch die Ionen, die mit mindestens 2c Millivalprozent vertreten sind, zu bezeichnen. Hierbei sind zuerst die Kationen und dann die Anionen in der Reihenfolge fallenden Gehaltes anzuführen.
- b) Quellen mit einer konstanten Mindestaustrittstemperatur von 20°C sind als Thermen zu bezeichnen.
- c) Quellen mit pharmakologisch wirkungsvollen Stoffen (Anhang I lit. d) sind unabhängig von der Gesamtkonzentration mit dem Namen des betreffenden Inhaltsstoffes zu bezeichnen. Radonwasser mit den Voraussetzungen nach Anhang I lit. d können auch als radioaktive Wasser bezeichnet werden.
- d) Quellen mit dem Mindestgehalt an freiem Kohlendioxyd gemäß Anhang I lit. c sind als Trinksäuerlinge bzw. Säuerlinge zu bezeichnen.
- e) Kochsalzwässer, die mindestens je 24^o Millival/kg Natrium- und Chlorionen enthalten, sind als Solequellen oder Solen zu bezeichnen.

Anhang III

(Zu § 8)

Eine Große Heilwasseranalyse muß folgende Angaben umfassen:

- a) Sinnesprüfung bei der Probenahme und im Laboratorium mit Datum,
- b) physikalische und physikalisch-chemische Untersuchung: Quellschüttung, Quelltemperatur, Lufttemperatur, Wetter und vorausgegangene Witterung, Luftdruck, pH-Wert, elektrometrisch an der Quelle bestimmt, elektrolytische Leitfähigkeit bei Quelltemperatur sowie bei 20°C, Dichte bei 20°C, Trockenrückstand bei 105° und 180°.

- radioaktive Spurenstoffe Uran, Radium und Radon, Menge der gelösten sowie der frei aufsteigenden Quellgase, spektral-analytische Untersuchung auf Spurenelemente;
- c) chemische Untersuchung: Ionen in mg/kg, mval/kg und mval%; nichtdissoziierte Bestandteile in mg/kg und mmol/kg; gelöste Gase in mg/kg, mmol/kg und cm³/kg bezogen auf 0°C und 760 mm Hg; Summenbildung in den genannten Stoffgruppen; frei aufsteigende Quellgase in % der Gesamtmenge; Kaliumpermanganatverbrauch; Charakteristik des Quellwassers; Menge und Zusammensetzung der frei aufsteigenden Quellgase;
 - d) Gehalt der wertbestimmenden balneotherapeutisch maßgebenden Inhaltsstoffe am Orte des Gebrauches (badefertig gefüllte Wanne, Trinkauslaß, Inhalationsnebel) auch bei flüchtigen oder leicht veränderlichen Stoffen;
 - e) biologische Untersuchung (die am Heilwasserursprung in natürlicher Biozönose lebenden Mikroorganismen);
 - f) hygienisch-bakteriologische Untersuchung;
 - g) Bewertung des Analysenbefundes und Diskussion etwaiger, seit der vorausgegangenen Analyse eingetretener Veränderungen des Quellwassers.

Anhang IV

(Zu § 8)

Eine Kleine Heilwasseranalyse muß folgende Angaben umfassen:

- a) Sinnesprüfung bei der Probenahme und im Laboratorium mit Datum;
- b) physikalische und physikalisch-chemische Untersuchung: Quellschüttung, Quelltemperatur, Lufttemperatur, Wetter und vorausgegangene Witterung, Luftdruck, Dichte bei 20°C, elektrolytische Leitfähigkeit bei 20°C, Trockenrückstand bei 180°C, pH-Wert elektrometrisch an der Quelle bestimmt, radioaktive Spurenstoffe Radium und Radon, Menge der frei aufsteigenden Quellgase;

- c) chemische Untersuchung; mindestens die Ionen: Kalium, Natrium, Ammonium, Calcium, Magnesium, Eisen, Mangan, Nitrit, Nitrat, Chlorid, Sulfat und Hydrogencarbonat, gegebenenfalls sonstige, die Quelle charakterisierende Bestandteile wie Jod, Arsen, Hydrogensulfid in mg/kg, mval/kg und mval%; von nichtdissoziierten Bestandteilen meta-Kiesel-säure in mg/kg und mmol/kg; von Quellgasen freies Kohlendioxyd und, falls charakterisierend, Schwefelwasserstoff in mg/kg, mmol/kg und ml/kg bezogen auf 0°C und 760 mm Hg; Summenbildung in den genannten Stoffgruppen, Zusammensetzung der frei aufsteigenden Quellgase, falls für die Quellanwendung wesentlich (z.B. Nutzung zu Kohlensäure-Gasbädern); Kaliumpermanganatverbrauch; Charakteristik des Quellwassers;
- d) Gehalt an wertbestimmenden, balneotherapeutisch maßgebenden Inhaltsstoffen am Ort des Gebrauches (badefertig gefüllte Wanne, Trinkauslaß, Inhalationsnebel) auch bei flüchtigen oder leicht veränderlichen Stoffen;
- e) hygienisch-bakteriologische Untersuchung;
- f) Bewertung des Analysenbefundes und Diskussion etwaiger seit der letzten vorausgegangenen Analyse eingetretener Veränderungen des Quellwassers.

Anhang V
(Zu § 8)

Eine Kontrollanalyse muß folgende Angaben umfassen:

- a) Sinnesprüfung bei der Probenahme und im Laboratorium mit Datum;
- b) physikalische und physikalisch-chemische Untersuchung: Quellschüttung, Quelltemperatur, Lufttemperatur, Wetter und vorausgegangene Witterung, Luftdruck, elektrolytische

- Leitfähigkeit bei 20° C, Trockenrückstand bei 180° C, pH-Wert elektrometrisch an der Quelle bestimmt, Radon falls für die Quelle charakterisierend, Menge der frei aufsteigenden Quellgase, falls therapeutisch genutzt;
- c) Chemische Untersuchung: Quantitative Bestimmung der Ionen Calcium, Magnesium, Eisen, Chlorid, Sulfat und Hydrogencarbonat, Berechnung von Natrium + Kalium als Natrium aus der Anionen- und Kationendifferenz ferner charakterisierender Bestandteile wie Jod und Arsen in mg/kg, mval/kg und mval% sowie des titrierbaren Schwefels in mg/kg; freies Kohlendioxyd in mg/kg, mmol/kg und ml/kg bezogen auf 0° C und 760 mm Hg; Mengenummessung und Zusammensetzung der frei aufsteigenden Quellgase, falls für die Quellnutzung wesentlich (z.B. Nutzung zu Kohlensäuregas-Bädern); Ammoniak, Nitrate und Nitrite qualitativ, Kaliumpermanganatverbrauch; Charakteristik des Quellwassers;
- d) Gehalt an wertbestimmenden, balneotherapeutisch maßgebenden Inhaltsstoffen am Ort des Gebrauches (badefertig gefüllte Wanne, Trinkauslaß, Inhalationsnebel) auch bei flüchtigen oder leicht veränderlichen Stoffen;
- e) Hygienisch-bakteriologische Untersuchung;
- f) Bewertung der Analysenbefunde und Diskussion etwaiger, seit der letzten vorausgegangenen Analyse eingetretener Veränderungen des Quellwassers.

Anhang VI

(Zu § 8)

Eine Peloid-Vollanalyse hat folgende Angaben zu umfassen:

- a) kurze Anführung der bisher von dem betreffenden Lager durchgeführten Untersuchungen;
- b) Beschreibung der Mächtigkeit des Lagers sowie makroskopische Beschreibung des Peloids; Farbe, Konsistenz, Homogenität, Geruch, gröbere Bestandteile, Zersetzungsgrad;

- c) mikroskopische Untersuchung: Zersetzungsgrad, charakteristische Pflanzenbestandteile, mineralische Substanz;
- d) physikalische Untersuchung: pH-Wert im Lager elektrometrisch gemessen, Wassergehalt des naturfeuchten Peloids, Wasserkapazität, Wassergehalt bei Normal- und Packungskonsistenz; Sedimentvolumen, bei Badetorfen auch Quellungsgrad, Dichte, spezifische Wärme, Wärmekapazität, Wärmeleitfähigkeit, Wärmehaltung nach der Kugelmethode;
- e) chemische Untersuchung: allgemeine Zusammensetzung und Glühverlust, abgekürzte quantitative organische Gruppenanalyse auf Bitumina, lösliche Kohlehydrate und Pektine, Cellulosen und Hemicellulosen, Huminsäuren sowie Lignine und Humine; Gehalt an anorganischen und organischen Stoffen im Wasserauszug 1:50 mit quantitativen Bestimmungen der Einzelbestandteile;
- f) hygienisch-bakteriologische Untersuchung;
- g) bei Badetorfen auch Untersuchung des Moorwassers, Sinnesprüfung bei der Probenahme und im Laboratorium mit Datum, pH-Wert elektrometrisch womöglich im Lager bestimmt, elektrolytische Leitfähigkeit bei der Temperatur des Lagers und bei 20°C, Trockenrückstand bei 105° und 180°C, Glühverlust, Glührückstand, Kaliumpermanganatverbrauch, anorganische Bestandteile qualitativ, fallweise Calcium- und Magnesium-Ionen quantitativ;
- h) Charakterisierung des Peloids und dessen Beurteilung, Hinweise für die Aufbereitung eines normalkonsistenten Peloidbades bzw. für die Aufbereitung von Packungen.

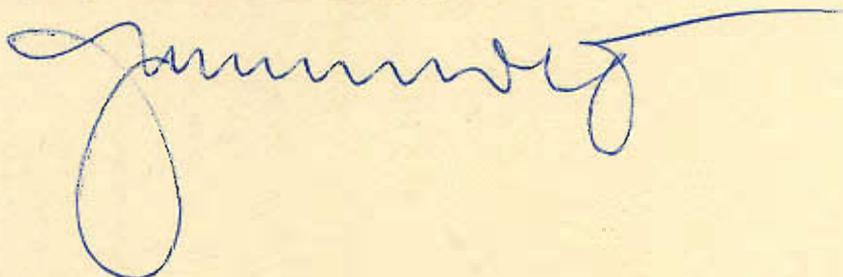
Anhang VII

(Zu § 8)

Eine Peloid-Kontrollanalyse hat folgende Angaben zu umfassen:

- a) Feststellung der Mächtigkeit des noch vorhandenen Peloidlagers sowie kurze makroskopische und mikroskopische Beschreibung:
Farbe, Konsistenz, Homogenität, Geruch, gröbere Bestandteile, Zersetzungsgrad;
- b) physikalische Untersuchung: Wassergehalt des naturfeuchten Peloids, pH-Wert elektrometrisch im Lager bestimmt, Wasserkapazität, Sedimentvolumen, Dichte;
- c) chemische Untersuchung: allgemeine Zusammensetzung und Glühverlust, Gehalt an anorganischen und organischen Stoffen im Wasserauszug 1:50;
- d) hygienisch-bakteriologische Untersuchung;
- e) bei Badetorfen auch Untersuchung des Moorwassers: Sinnesprüfung bei der Probenahme und im Laboratorium mit Datum, elektrolytische Leitfähigkeit bei 20° C, pH-Wert elektrometrisch womöglich im Lager bestimmt;
- f) Bewertung der Analysenbefunde und Diskussion etwaiger seit der letzten vorausgegangenen Untersuchung eingetretener Veränderungen.

**Daß dieser Abdruck mit dem vom burgenländischen
Landtag am 11. Juni 1963 gefaßten Beschluß
gleichlautend ist, wird hiermit beglaubigt.
Eisenstadt, am 12. Juni 1963**



Erläuternde Bemerkungen
zum Ausführungsgesetz zu dem Bundesgesetz über
natürliche Heilvorkommen und Kurorte, BGBl.

Nr. 272/1958

I. Allgemeine Bemerkungen.

Der Nationalrat hat am 2. Dezember 1958 ein Bundesgesetz über natürliche Heilvorkommen und Kurorte beschlossen, das am 16. Dezember 1958 im 75. Stück des Bundesgesetzblattes unter Nr. 272 kundgemacht wurde. Diese gesetzliche Regelung war nach Ansicht des Bundesministeriums für soziale Verwaltung schon dringend notwendig, weil die Fortschritte auf dem Gebiete der Bäderheilkunde und die Entwicklung des österreichischen Bäderwesens bereits über die in Österreich bestehenden gesetzlichen Regelungen hinweggegangen waren. Allenthalben hat diese Tatsache bereits zu vom Standpunkte der öffentlichen Gesundheitsverwaltung aus nicht weiter tragbaren Mißständen geführt.

Nach der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung steht auf dem Gebiete des Kurortewesens und der natürlichen Heilvorkommen gemäß Art. 10 Abs. 1 Z. 12 B.-VG. in der Fassung 1929 unter Berücksichtigung der Novelle vom 2.12.1958, BGBl.Nr. 271, dem Bund die Gesetzgebung und Vollziehung nur hinsichtlich der sanitären Aufsicht zu, während in anderen Belangen gemäß Art. 12 Abs. 1 Z. 2 der B.-VG. dem Bunde nur die bloße Grundsatzgesetzgebung vorbehalten ist, den Ländern aber die Erlassung von Ausführungsgesetzen obliegt.

Das eingangs zitierte Gesetz enthält daher zum Teil grundsätzliche Bestimmungen, zum Teil jedoch unmittelbar anwendbares Bundesrecht. Hinsichtlich der Ausführungsgesetzgebung trat dieses Grundsatzgesetz den Bundesländern

gegenüber mit dem Tage der Kundmachung (16. Dezember 1958), im übrigen in jedem Bundesland gleichzeitig mit dem in dem betreffenden Bundesland erlassenen Ausführungsgesetz in Kraft.

Nach Art. 15 Abs. 6 des B.-VG. sind die Länder verpflichtet, ihre Ausführungsgesetze zu grundsätzlichen Bestimmungen innerhalb einer bestimmten Frist, die mit § 27 Abs. 2 des Grundsatzgesetzes mit einem Jahr vom Tage der Kundmachung desselben an gerechnet bemessen wurde, zu erlassen.

II. Besondere Bemerkungen.

Zu den einzelnen Bestimmungen des Entwurfes, der sich in 6 Abschnitte gliedert, ist zu bemerken:

Zu § 1: Hier werden in Übereinstimmung mit § 1 des Grundsatzgesetzes (BGBl.Nr. 272/1958) die Definitionen der Begriffe des Gesetzes festgelegt, wobei man sich aber neben den Heilquellen und Kurorten, die das derzeit geltende Gesetz kennt, auf Heilmoore, -schlamme und -schlicke - zusammengefaßt unter dem Sammelbegriff der Heilpeloide - als jene natürliche Heilvorkommen beschränkt, die der medizinischen Wissenschaft bereits zu feststehenden Begriffen geworden sind. Daneben sieht § 1 auch vor, daß auch andere ortsgebundene natürliche Vorkommen oder Faktoren, die nach dem Fortschreiten der Erkenntnisse der Balneologie eine wissenschaftlich anerkannte Heilwirkung ausüben oder erwarten lassen, Heilvorkommen im Sinne dieses Gesetzes darstellen. Eine derart allgemein gehaltene Bestimmung in den Entwurf aufzunehmen, erschien deswegen notwendig, um auch Vorkommen, an deren Verwendung zu Heilzwecken derzeit noch nicht gedacht wird, bei Fortschreiten der medizinischen Wissenschaft, wenn die Ausübung einer Heilwirkung durch sie festgestellt werden sollte, erfassen zu können.

Der Begriff "ortsgebunden" wird nicht im verwaltungsorganisatorischen (etwa eingeschränkt auf die Grenze der Ortsgemeinde), sondern im wissenschaftlichen (geologischen bzw. gewässerkundlichen) Sinn zu verstehen sein. Von einer begrifflichen Unterscheidung zwischen Heilvorkommen, die am Ort ihres Vorkommens angewendet werden und solchen, die zum Versand gelangen, wurde Abstand genommen, weil es sich hier nur um verschiedene Anwendungsformen des gleichen geologischen und örtlichen Vorkommens handelt. Der Versand von Produkten des Heilvorkommens wird aber durch § 10 des Entwurfes an eine besondere behördliche Bewilligung gebunden, die nur unter bestimmten Voraussetzungen erteilt werden darf.

Absatz 7 gibt die Definition der Begriffe "Kuranstalt" und "Kureinrichtungen". Gleichzeitig wird notwendigerweise auch die Unterscheidung zwischen den Begriffen, und zwar in der Weise getroffen, daß als Kuranstalt eine solche Kureinrichtung verstanden werden soll, deren Umfang und Ausmaß es im Interesse der Kurgäste erforderlich macht, daß der innere Betrieb durch eine Anstaltsordnung geregelt wird.

Zu § 2: Hier werden die allgemeinen Bestimmungen über Anerkennung von Heilvorkommen in Übereinstimmung mit § 2 Abs.1, 5, 7 und 8 des Grundsatzgesetzes getroffen. Die Regelung ist so gewählt, daß bei Zutreffen der materiellen und formellen Voraussetzungen des Gesetzes ein Rechtsanspruch auf die behördliche Anerkennung des Heilvorkommens besteht.

Zu §§ 3 bis 5: In diesen Bestimmungen werden in Übereinstimmung bzw. Ausführung des § 2 Absätze 2, 3 und 6 des Grundsatzgesetzes die materiellen Voraussetzungen normiert, von deren Vorliegen die behördliche Anerkennung abhängen soll. Hienach genügt es nicht mehr, wie nach dem derzeit in Geltung stehenden Gesetz, daß einem Heilvorkommen eine heilkräftige Wirkung zugeschrieben wird. Das Vorkommen muß eine wissenschaftlich anerkannte Heilwirkung nach den bisherigen

Erfahrungen tatsächlich ausüben oder eine solche Heilwirkung zumindest erwarten lassen. Es kommt daher nicht mehr auf die subjektive Deklaration des Besitzers des Heilvorkommens, sondern ausschließlich auf das Vorliegen objektiver Voraussetzungen, die auf wissenschaftlicher Grundlage beruhen, an. Eine solche Regelung erweist sich nach den bisherigen Erfahrungen zum Schutze der heilungsuchenden Bevölkerung als notwendig. Das Grundsatzgesetz beschränkt sich hinsichtlich der Voraussetzungen, unter denen ein Heilvorkommen behördlich anerkannt werden darf, nur auf diejenigen, die im Interesse der Volksgesundheit unbedingt als Grundsätze festgelegt werden müssen. Diese vom Grundsatzgesetzgeber erwarteten Ausführungsbestimmungen finden sich zur Bestimmung des § 3 Abs. 2 des Gesetzentwurfes im Anhang I hinzu.

Als wichtigste Eigenschaft der Quellwässer gilt heute ihr Gehalt an gelösten Stoffen, ihr Chemismus. Daneben wird für die Einteilung der Quellen die Konzentration des Quellwassers, seine Austritttemperatur, sein Radiumgehalt usw. herangezogen. Nach den heute international anerkannten Beurteilungsnormen sind bei den Heilquellen vier Beurteilungsgruppen zu unterscheiden, und zwar nach dem Mindestgehalt der gelösten festen Stoffe, nach der Austritttemperatur, nach dem Radiumgehalt und nach dem Mindestgehalt an bestimmten pharmakologisch wirksamen Stoffen.

Zu § 6: Die Anerkennung eines Vorkommens als Heilvorkommen allein berechtigt noch nicht zu dessen Ausnützung. § 6 sieht Übereinstimmung mit § 3 des Grundsatzgesetzes neben der Anerkennung des Heilvorkommens die Erlangung einer an bestimmte, insbesondere hygienische Voraussetzungen gebundene Nutzungsbewilligung vor. Hierbei ist es ohne weiteres möglich, daß im konkreten administrativen Verfahren Anerkennung und Nutzungsbewilligung bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen unter einem erteilt wird. Auch hier wird bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen ein Rechtsanspruch auf Erteilung der Bewilligung begründet.

Absatz 5 bestimmt in Übereinstimmung mit § 3 Abs.4 des Grundsatzgesetzes, daß jede Nutzung natürlicher Heilvorkommen entgegen den Vorschriften dieses Absatzes verboten ist. Als weitere Ausführungsbestimmung hiezu wurde angefügt, daß die Nutzung in diesem Sinne jedoch nicht die Benützung eines natürlichen Vorkommens zum eigenen persönlichen Gebrauch gilt. Diese Ausnahme ist notwendig, weil generell nicht verboten werden kann, daß jemand für sich allein ohne das Zutun Dritter einem bestimmten natürlichen Vorkommen eine gewisse Heilwirkung zuschreibt oder ein solches Vorkommen für sich zu Heilzwecken verwendet.

Zu § 7: Hier wird die Bezeichnung der Heilvorkommen geregelt. Damit soll eine irreführende Bezeichnung von Heilvorkommen, die nicht selten zu einer nicht angebrachten Reklame mißbraucht wird, hintangehalten werden. Die im § 4 des Grundsatzgesetzes hiezu aufgestellten Grundsätze sind im Anhang II näher angeführt. Als weitere Ausführungsbestimmungen zu § 4 des Grundsatzgesetzes ist im Sinne des § 3 die "marktschreierische" Werbung für Heilvorkommen aller Art verboten.

Zu § 8: An erster Stelle steht das Gebot, die von der Natur gespendeten, durch nichts anderes zu ersetzenden Heilschätze zu pflegen, je nachdem es deren Art verlangt. Dies sollte wohl schon im Interesse der Besitzer geschehen. Wie die Erfahrung zeigt, ist dies aber nicht immer der Fall, da schon zahlreiche wertvolle Quellen ihre Heilwirksamkeit durch Vernachlässigung eingebüßt und sogar verloren haben. Daher müssen zunächst auch die kleinsten Schwankungen in ihrem Verhalten ständig und genau beobachtet werden, und es ist ihr Charakter durch fortlaufende Messung der Er giebigkeit und der Temperatur sowie durch chemische und physikalische Untersuchungen, die zeitlich nicht weit auseinanderliegen dürfen, zu prüfen. Es wurde wiederholt wahrgenommen, daß die Anwendungsformen und der Indikationskreis von Heilvorkommen, insbesondere von Heilquellen auf jahrzehntealte Analysen aufgebaut sind, während sich das Quell-

wasser innerhalb dieser Zeiträume durch Verlust von wichtigen Bestandteilen wesentlich geändert hat. Aus all diesen Vorkommnissen können sich in balneologischer Hinsicht unrichtige Beurteilungen des therapeutischen Wertes ergeben. Derartigen Mißständen sollen die Bestimmungen des § 8, die in Ausführung des § 8 des Grundsatzgesetzes zu erlassen sind, entgegenwirken.

Zu § 9: Eine behördliche Überprüfung der Indikationen der Heilvorkommen erscheint deswegen geboten, weil, wie die Erfahrung zeigt, seitens verschiedener Besitzer von Heilvorkommen irreführende oder medizinisch nicht gerechtfertigte Indikationen angeführt werden, die nicht selten zu einer vollkommen unangebrachten Reklame mißbraucht werden und dadurch zu einer unrichtigen Anwendung des Heilvorkommens führen. Es wird daher hier der § 9 des Grundsatzgesetzes entsprechend ausgeführt. Eine zusätzliche Ausführungsbestimmung enthält der 2. Satz des Abs. 1. Diese Bestimmung ist deswegen erforderlich, weil es möglich ist, daß die Landesregierung einer innerhalb der im Absatz 3 in Übereinstimmung mit § 9 Absatz 3 des Grundsatzgesetzes bestimmten Fallfrist kein wissenschaftliches Gutachten über die angezeigten Indikationen und therapeutischen Anwendungsformen der Heilvorkommen enthält. Ein solches Gutachten kann nur von den wenigen gemäß § 8 Abs. 3 anerkannten Instituten im Zusammenwirken mit den in Frage kommenden Experten erstellt werden. Die Institute werden in den kommenden Jahren mit der Erstellung solcher Gutachten bzw. Analysen überhäuft sein, weil auf Grund der Bestimmungen des neuen Gesetzes viele solche Analysen nachzuholen sein werden. Es ist nun im öffentlichen Interesse nicht angängig, daß die Indikationen und therapeutischen Anwendungsformen eines Heilvorkommens, die im Sinne des Absatzes 1 eingebracht werden, nur deswegen als anerkannt gelten müssen, weil es nicht möglich ist, innerhalb von sechs Monaten ein Fachgutachten hierzu zu erhalten.

Zu § 10: Hier wird in Übereinstimmung bzw. Ausführung des § 10 des Grundsatzgesetzes der Versand der Pro-

dukte von Heilvorkommen geregelt. Derartige Bestimmungen erscheinen deswegen dringend notwendig, weil gerade auf diesem Gebiet mangels gesetzlicher Regelung volle Willkür herrscht. Die Produkte von Heilvorkommen, insbesondere Moorprodukte, werden unter Anpreisung von medizinisch nicht nachgewiesenen Heilwirkungen, ja selbst ohne Berechtigung vertrieben. Es bedurfte vielfach des wiederholten Einschreitens der Sanitätsbehörden, weil diese Produkte von Agenten derartiger Unternehmungen den Patienten, selbst wenn ihre Anwendung ärztlich nicht indiziert erschien, direkt aufgedrängt wurden. § 10 Abs. 1 lit.c des Grundsatzgesetzes enthält unter anderem den Grundsatz, daß eine Betriebsbewilligung für Produkte von Heilvorkommen nur erteilt werden darf, wenn sich die chemischen oder physikalischen Eigenschaften des Produktes eines Heilvorkommens beim "Lagern" nicht in einer die Heilwirkung maßgeblich beeinflussenden Weise ändern. Diese Bestimmung ist offensichtlich zu eng. In Ausführung der im § 10 des Grundsatzgesetzes enthaltenen Grundsätze wurde daher im Abs. 4 lit.c des Entwurfes bestimmt, daß sich das Produkt nicht nur beim Lagern, sondern auch bei der Versandbereitmachung nicht ändern darf. Es ist nämlich durchaus möglich, daß Produkte gar nicht gelagert werden, sondern auf Grund von Bestellungen unmittelbar abgefüllt oder verpackt und an die Besteller ausgeliefert werden. Schon bei dieser Manipulation kann sich aber das Produkt in einer Weise ändern, daß die Heilwirkung wesentlich beeinträchtigt wird. Auch für solche Fälle sollte eine Betriebsbewilligung nicht erteilt werden dürfen. Im übrigen würde auch bei dieser Bewilligung die Konstruktion des Rechtsanspruches bei Vorliegen der im Gesetz vorgeschriebenen Voraussetzungen gewählt.

Zu § 11: Hier wurde im Sinne des § 12 des Grundsatzgesetzes die Möglichkeit vorgesehen, außerhalb des Strafverfahrens in seinem administrativen Verfahren erteilte Anerkennungen bzw. Bewilligungen unter bestimmten Voraussetzungen zurückzunehmen.

Zu § 12: Hier werden in Ausführung des § 5 des Grundsatzgesetzes die Vorschriften über die behördliche Anerken-

nung als Kurort getroffen. Wenn es heute bereits auch allgemein als eine Pflicht der Verwaltung jeder Gemeinde angesehen wird, ihren Einwohnern möglichst günstige hygienische Verhältnisse zu bieten, so gilt dies noch viel mehr für jene Orte, die auf Grund besonderer Heilfaktoren berufen sind, fremden Besuchern zur Wiedererlangung ihrer Gesundheit zu verhelfen. Es würde dem Sinne des Wortes "Kurort" widersprechen, den Zweck des Aufenthaltes an einem solchen Ort trotz hervorragender Heilmittel durch sanitäre Übelstände oder Mängel vereitelt zu sehen.

Im übrigen besteht auch hier ein Rechtsanspruch auf die behördliche Anerkennung, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen.

Zu § 13: Hier wird die nähere Ausführungsregelung zu § 12 Abs. 5 des Grundsatzgesetzes getroffen.

Zu § 14: Hier wird in Ausführung des § 6 des Grundsatzgesetzes die Bezeichnung der Kurorte geregelt. Es sollen im Interesse des heilungsuchenden Publikums für die einzelnen Arten von Kurorten einheitliche Bezeichnungen festgelegt werden. Ferner ist es verboten, daß sich ein Gebiet eine Bezeichnung zulegt, wodurch der Anschein erweckt werden könnte, als ob dieses Gebiet als Kurort anerkannt worden wäre, oder daß ein Kurort eine seiner gesetzlichen Bezeichnung widersprechende Bezeichnung führt.

Zu § 15: Diese Bestimmung stellt hinsichtlich der heilklimatischen Kurorte und Luftkurorte eine gewisse Parallele zu § 8 dar. Da der Begriff des Heilvorkommens gemäß § 1 Abs. 2 lit. c auch die für die Kurorte maßgeblichen Heilfaktoren umfaßt, gelten die im § 8 des Grundsatzgesetzes enthaltenen Bestimmungen über die Analysen auch für die heilklimatischen Kurorte und Luftkurorte; es war daher auch hier eine mindestens fünfjährige Kontrollbegutachtung vorzuschreiben, denn sinnvoll erscheinen nur laufende Kontrollen der klimatischen Verhältnisse.

Zu § 16: Diese Bestimmung über die Festsetzung des gebietsmäßigen Umfangs eines Kurortes (Kurbezirk) steht in Übereinstimmung mit § 11 Abs. 1 und 2 des Grundsatzgesetzes.

Zu § 17: Der Entwurf sieht die Einrichtung der Kurkommissionen nunmehr zwingend vor. Die Belange der Gemeinde erscheinen grundsätzlich dadurch gewahrt, daß die Kurkommissionen Angelegenheiten der Kurorte nur unbeschadet der Zuständigkeiten der Ortsgemeinden wahrnehmen können.

Es wurde daher die Konstruktion eines Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit gewählt, dessen Schaffung unter Berücksichtigung des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes, Slg. Nr. 2668, möglich ist. Im Sinne des Grundsatzgesetzes werden dem Fonds nur solche außerbehördliche Aufgaben übertragen, die in den Kurorten schon bisher von den hierfür besonders bestimmten Organen und nicht von der Gemeinde besorgt wurden.

Zu § 18: Durch diese Bestimmung wird dem Grundsatzgesetz insoferne Rechnung getragen, als die Kurkommission als Organ des Kurfonds bestimmt wird, so daß diese, wie es im § 11 Abs. 3 des Grundsatzgesetzes bestimmt, tatsächlich die Angelegenheiten des Kurwesens im Kurort zu besorgen hat. Die Bestimmung der grundsätzlichen Zusammensetzung der Kurkommission folgt dem Grundsatzgesetz. Es konnte daher die im Burgenlande bisher in Geltung gestandene Zusammensetzung der Kurkommission vollinhaltlich in dieses Ausführungsgesetz nicht übernommen werden. Da die Verhältnisse und Bedürfnisse in den einzelnen Kurorten ganz verschieden sind, wird durch Absatz 2 bestimmt, daß für den einzelnen Kurort die zahlenmäßige Zusammensetzung der Kurkommission durch die Kurordnung (Verordnung der Landesregierung) erfolgen soll. Die Bestimmung über das Stärkeverhältnis soll im Sinne des Grundsatzgesetzes einen gewissen Interessenschutz der Gemeinden und der Besitzer der Kurmittel darstellen. Absatz 5 soll gewährleisten, daß es sich bei den Mitgliedern (Ersatzmitgliedern) der Kurkommission um eigenberechtigte österreichische Staatsbürger mit ehrenhaftem Vorleben handelt.

Zu § 19: Durch diese Bestimmung sollen in kurzer Form die Geschäftsführung des Kurfonds sowie die von der Landesregierung auszuübende Aufsicht über ihn geregelt werden. Tat-

sächlich sind die vom Kurfonds zu besorgenden Aufgaben den Gemeindeaufgaben sehr verwandt. Es erschien daher zweckmäßig, hier die einschlägigen Bestimmungen der jeweiligen Gemeindeordnung sinngemäß für anwendbar zu erklären, soweit sie Angelegenheiten der Geschäftsführung und der behördlichen Aufsicht betreffen.

Zu § 20: Diese Bestimmung soll im Zusammenhang mit der Strafbestimmung des § 30 den notwendigen Schutz der offiziellen Bezeichnungen der Kurverwaltungsorgane gewährleisten.

Zu §§ 21 bis 28: Der Kurfonds bzw. die Kurkommission benötigt zur Durchführung ihrer Aufgaben Geldmittel. Diese sollen in der Form einer Abgabe von den Kurgästen aufgebracht werden. Die Bestimmungen über das Ausmaß, Berechnung, Einhebung, Abführung und Verwendung dieser Abgabe (Kurtaxe) wurde aus dem bisher geltenden Heilquellen- und Kurortegesetz 1956, LGBI.Nr. 15/1956, entnommen.

Zu § 29: Hier wird in Übereinstimmung bzw. Ausführung des § 11 Abs. 4 des Grundsatzgesetzes bestimmt, daß die Landesregierung durch Verordnung für jeden Kurort eine Kurordnung zu erlassen hat und was der Inhalt der Kurordnung sein soll.

Zu § 30: Diese Bestimmung stellt in Ausführung des § 12 des Grundsatzgesetzes eine Parallele zu § 11 dar. Absatz 2 stellt eine im Zusammenhang mit der Zurücknahme der Anerkennung als Kurort notwendige Regelung in Bezug darauf dar, daß der Kurfonds Träger von Vermögensrechten ist.

Zu § 31 und § 32: Hier wird in Ausführung des § 7 des Grundsatzgesetzes die Inbetriebnahme von Kuranlagen, Kureinrichtungen und Kuranstalten an eine behördliche Bewilligung gebunden und festgelegt, unter welchen Voraussetzungen eine Bewilligung erteilt werden darf. Ferner werden die Voraussetzungen bestimmt, unter welchen Kuranstalten und Kureinrichtungen verpachtet werden dürfen. Schließlich werden hier die Bestimmungen über den sonstigen Rechtsübergang dieser Einrichtungen getroffen.

Zu § 33 und § 34: Mit dieser Gesetzesstelle soll der Rechtsträger einer Kuranstalt verpflichtet werden, den inneren Betrieb der Anstalt durch eine Anstaltsordnung zu regeln. Der wesentliche Inhalt einer Anstaltsordnung ist im § 33 festgehalten. Wie auch sonst bei der Krankenbehandlung wird auch in Kuranstalten die Verschwiegenheitspflicht des Pflegepersonals festgelegt. Die Verschwiegenheitspflicht dient den privaten Interessen. Es gibt jedoch Fälle, in denen die öffentlichen Interessen, insbesondere die Interessen der öffentlichen Gesundheitspflege, die privaten Interessen überwiegen. Ob ein solcher Fall vorliegt, darüber wird die Bezirksverwaltungsbehörde zu entscheiden haben.

Zu § 35: Diese Bestimmung stellt in Ausführung des § 12 des Grundsatzgesetzes ebenfalls eine Parallele zu den §§ 11 und 31 dar.

Zu § 36: Das Grundsatzgesetz sieht im § 13 vor, daß die Landesregierung zur Erschließung und Verwertung von Heilquellen und Heilpeloiden Enteignungen vornehmen kann. Die Bestimmungen des Entwurfes entsprechen wörtlich den Bestimmungen der §§ 13 und 14 des Grundsatzgesetzes, es wurde zusätzlich noch präzisiert, wann das öffentliche Interesse gegeben ist. Als öffentliches Interesse an der Nutzung einer Heilquelle oder eines Heilpeloids muß wohl primär die Förderung der Volksgesundheit angesehen werden. Doch könnte eine Nutzung auch dann im öffentlichen Interesse liegen, wenn sie zwar nicht unbedingt aus Gründen der Volksgesundheit notwendig, aber aus volkswirtschaftlichen Überlegungen, beispielsweise aus Gründen der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung von Landesteilen wünschenswert ist.

Zu § 37: Hier werden in Ausführung des § 15 des Grundsatzgesetzes die erforderlichen Strafbestimmungen in einer Form getroffen, daß sie dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, Slg. Nr. 3207, Rechnung trägt.

Zu § 38: Im Sinne des § 16 des Grundsatzgesetzes wird die Verständigung des Landeshauptmannes verfügt, damit dieser die nötigen Maßnahmen der sanitären Aufsicht treffen kann.

Zu § 39: Diese Entwurfsstelle enthält die erforderlichen Übergangsbestimmungen.

Zu § 41: Absatz 1 setzt, da es sich um eine völlige Neuregelung des Kurwesens handelt, den Geltungsbeginn mit dem Beginn des dritten auf die Kundmachung des Gesetzes folgenden Monats fest. Vom Zeitpunkt der Gesetzespromulgierung bis zum Wirksamkeitsbeginn werden gemäß Abs. 5 die Durchführungsverordnungen, insbesondere die Kurordnungen, für die bereits bestehenden Kurorte neu zu erlassen sein.

- - - - -